Mitteilungen

des Syndikus des

Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Erscheint nach Bedarf.

Nr. 5	**1. August 1919**	**Jahrg. I**

Inhalt: 1. Die Zeiten für das deutsche Judentum sind außerordentlich ernst, S. 69. — 2. Nationalismus, Pogrome und Entente, S. 69. — 3. Nochmals die Blau-Weiß-Bewegung, S. 72. — 4. Hebräische Spielnachmittage, S. 72. — 5. Der Zionist Jacob H. Schiff, S. 73. — 6. Zur Kongreßfrage, S. 73. — 7. Nochmals die „Jüdische Selbstwehr", S. 74. 8. Das von den Zionisten Erreichte und Versäumte, S. 75. — 9. Der Zionismus in Amerika, S. 76. — 10. „Frankfurter Zeitung" und Zionismus, S. 76. — 11. Aus den „Alldeutschen Blättern", S. 78. — 12. „Taktvoll genug oder der jüdische Vertreter", S. 78. — 13. „Würde bewahren", S. 79. — 14. Aufrollung der antisemitischen Frage in Kommunalsitzungen, S. 80. — 15. Der Münchener Geiselmord, S. 81. — 16. Haenisch und die antisemitischen Beschlüsse der Marburger Kliniker, S. 81. — 17. „Osnabrücker Zeitung", S. 82. — 18. Antisemitische Äußerungen des Landtagsabgeordneten Kropp, [illegible] — 19. „Deutscher Michel wach auf", S. 85. — 20. Der „Fell-Jude", S. 85. — 21. „Pommerscher Landbund", S. 85. — [illegible] [illegible]andmeister Davidsohn-Demmin, S. 86. — 23. Die Notenpresse der jüdischen Selbstwehr, S. 86. — 24. Die „spiritistischen" Vorträge des Herrn Ellerbeck, S. 86. — 25. Juden als Kapitalisten, S. 87. — Der Antisemitismus als Geschäft, S. 87. — 27. Bund Heimatschutz, S. 87. — 28. Ausschuß für Volksaufklärung, S. 87. — 29. Der „Vaterländische Frauenverein", S. 88. — 30. Der Gabriel Riesser Verlag und seine Buchhandlung, S. 89. — 31. Bücherschau: a) Fuchs: „Um Deutschtum und Judentum", b) „Das Judenproblem und seine Lösung" von Judaeo Bavarus, S. 89. — 32. Bürotechnisches, S. 90. — 33. Flugblätter, S. 90.

1. Die Zeiten für das deutsche Judentum sind außerordentlich ernst.

Niedrige Hetze und schlimmste Verleumdungen machen sich allenthalben geltend. Die Zahl der antisemitischen Organisationen wächst ins Ungewisse. **Fünfhunderttausend deutsche Juden stehen vielen, vielen Millionen ausgesprochener Gegner gegenüber.** Der Vorstand und die Beamten des Centralvereins leisten alles, was in ihren Kräften steht. **Flugblätter werden herausgegeben, Redner gestellt, Versammlungen überwacht, Behörden unterrichtet, kurz die modernste Technik im politischen Kampfe wird angewendet.**

Unsere Ortsgruppen müssen aber weit mehr als bisher sich selbst und die Mitglieder mobil machen. Es muß scharf gearbeitet werden und die Organisation muß demokratisiert und ausgebaut werden. Das finanzielle Rückgrat des Centralvereins muß eine ganz andere Stärkung erfahren, als es bisher geschehen ist.

Es geht nicht, daß Interesselosigkeit und der Glaube, Mitgliederwerbung und Geldmittelbeschaffung seien unvornehm, weiter um sich greift. Jetzt handelt es sich um das Leben und die Existenz von 500 000 Juden. Sorgen wir dafür, daß die kommende Generation dem Centralverein nicht den Vorwurf machen kann, er habe nicht alles getan, was möglich war, um Leben und Entwickelung von fünfhunderttausend deutschen Juden zu fördern.

Arbeiten und nicht verzweifeln!

Dr. Ludwig Holländer.

2. Nationalismus, Pogrome und Entente.

Das Stockholmer zionistische Pressebüro berichtet unterm 11. Mai: „Im Auftrage der Delegation des amerikanisch-jüdischen Kongresses und der jüdischen Nationalräte der verschiedenen Länder hatte Nahum Sokolow eine Unterredung mit der polnischen Delegation. Sokolow appellierte an den polnischen Führer, nichts zu unterlassen, um den Pogromen Einhalt zu tun." Es erscheint unbegreiflich, weshalb die Delegation des amerikanisch-jüdischen Kongresses sich nicht lieber an Herrn Wilson, Oberst House, oder an Balfour und Lloyd George gewendet habe, daß einer von ihnen den Polenführer einlade, doch endlich den schauervollen Pogromen Einhalt zu tun, die in Polen ihren Anfang genommen haben

mit dem Moment, als dort die Nationaldemokratie unter Führung von Dmowski und Radnowski die Oberhand gewann, d. h. mit dem Zusammenbruch der Zentralmächte und dem Sieg der Ententepolitik in Polen. Die polnische Nationaldemokratie, die ihre leidenschaftlichsten Anhänger in Polen hatte, arbeitete seit Kriegsbeginn im Dienste der Entente. Ihre beiden Führer sind Kreaturen der Entente. Radnowski rühmt sich der besonderen Freundschaft Wilsons. Dmowski wurde in London all die Zeit gehätschelt und mit Ehren überhäuft. Es ist also offenbar, daß der nächste Weg zu den Herzen der jetzigen Polenführer nicht über Herrn Sokolow, sondern über die Herren Wilson, Balfour und Lloyd George führen müßte, die ja auch das gesamte jüdische Volk unter ihren Schutz genommen haben.

Sehr lehrreich ist aber die Antwort der Polenführer an Herrn Sokolow: „Sie wünschten den Krieg und haben ihn, Sie suchten unsere nationale Einheit durch Ihre nationalen Forderungen zu stören, jetzt haben Sie das Resultat. Wir werden das, was in unseren Kräften liegt, tun, um Unruhen vorzubeugen, aber unglücklicherweise ist das nicht leicht. Die Unruhen sind das unvermeidliche Resultat Ihrer antipolnischen Politik.“ Nun folgt ein merkwürdiger Passus: „Diese herausfordernde Erklärung überzeugt die jüdische Delegation, daß ein weiteres Verhandeln mit den Polen zwecklos ist.“ Sonst pflegen Diplomaten auf eine herausfordernde Erklärung die gebührende Antwort zu geben. Der zionistische Diplomat dagegen steckt die herausfordernde Antwort ruhig ein und geht seiner Wege. Allein, die Erklärung der Polenführer fordert auch eine nähere Erwägung heraus. Sie bezeichnet die Pogrome ganz unzweideutig als eine Antwort auf die zionistische Forderung der „nationalen Autonomie“, welche die nationale Einheit des Landes störe, die Unruhen seien das Resultat der „antipolnischen Politik“ der Zionisten. Die „nationale Autonomie“ für die Juden in Polen war in erster Reihe eine Forderung der russischen Imperialisten aller Parteien und wurde von der zarischen Regierung eifrig gefördert, die im eigentlichen Rußland den Zionismus mit aller Macht unterdrückte und überhaupt alle Regungen des nichtrussischen Nationalismus im Keim erstickte. In Polen dagegen wurde der jüdische Nationalismus als Sturmbock gegen das Polentum gebraucht, die „nationale Autonomie“ der Juden sollte die Ansprüche auf Selbstverwaltung der Städte paralysieren, diese ihres polnischen Charakters entkleiden. Da die Juden in den Städten einen sehr hohen Prozentsatz, bisweilen sogar die Majorität bildeten und deren Zahl durch die fortwährenden Austreibungen aus dem eigentlichen Rußland immer größer wurde, so konnte die nationale Autonomie der Juden in den Händen der Regierung ein wirksames Mittel bilden, die polnische Nationalität in ihrem Stammland arg zu schwächen. Daher erregte nichts so sehr die Wut der Polen als das Schlagwort der nationalen Autonomie; in der Konstituierung der Juden als gesonderte Nationalität sahen sie die Gefahr einer beständigen Fremdherrschaft, da diese gesonderte Nationalität von der herrschenden Macht, diesmal Rußland, gegen sie ausgespielt werden konnte. Diese zionistische [illegible]derung hat seit Anfang dieses Jahrhunderts den Antisemitismus in Polen geweckt und schließlich zum Boykott vom Jahre 1912 anwachsen lassen der unzählige jüdische Existenzen vernichtet und Polen vergiftet hat. Seit Ausbruch des Krieges führte die ganze zionistische Presse in Europa und Amerika enen heftigen Kampf gegen die Polen und verlangte, daß jede Konzession an diese von der Gewährung der nationalen Autonomie an die Juden abhängig gemacht werde. Besonders zeichneten sich hierin die zionistischen Blätter in Berlin und Frankfurt a. M. aus. Manche gingen soweit, die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens in den von Deutschland und Österreich-Ungarn geplanten Grenzen als das größte Unglück für die Juden hinzustellen und verlangte in völliger Übereinstimmung mit den extremsten alldeutschen Annexionisten, daß die Polen ewig ein „unterjochtes Volk“ bleiben sollten.

Die polnischen Blätter in Posen, die alle unter dem Einfluß der Nationaldemokratie, vom Anfang an im Fahrwasser der Entente segelten, verzeichneten genau alle gehässigen Äußerungen der zionistischen Presse und verbreiteten sie in Russisch-Polen und Galizien, schürten den Haß gegen die Juden ins ungemessene und untergruben dabei das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der deutschen und österreichisch-ungarischen Polenpolitik: diese Politik, so hieß es, beabsichtigte in Zukunft sich der Juden in Polen in gleicher Weise gegen die Polen zu bedienen, wie es vorher die russische Regierung tat. Man konnte das Anwachsen der judenfeindlichen Stimmung in Polen mit jedem Tag beobachten. Kenner sagten schon im Jahre 1916 voraus, daß diese zionistische Preßkampagne schließlich zu einer Katastrophe für die polnischen Juden führen müßte. Aber alle Warnungen und Mahnungen

waren vergebens. Der Judenhaß, wie der Völkerhaß überhaupt schlummert überall unter einer dünnen Decke, man braucht ihn nur ein wenig anzufachen, und er lodert in hellen Flammen empor.

Die Zionisten fordern nun in Paris von der Friedenskonferenz die Anerkennung der „nationalen Autonomie“ für die Juden in den osteuropäischen Ländern. Wie in vielen Punkten der Judenfrage gehen auch hier die Ansichten der Franzosen von denen der Engländer weit auseinander. Den französischen Standpunkt bringt Gustave Hervé in seinem Blatt „La Victoire“ zum Ausdruck, indem er schreibt: „Nehmen die zionistischen Delegierten in Paris auch für die polnischen Juden das Recht in Anspruch, als eine von den Polen verschiedene Nation anerkannt zu werden, also ein Staat im Staate, eine Nation in der Nation zu bilden, einen jüdischen Staat mit jüdischer Sprache, mit jüdischen Schulen und zionistischen Delegierten, Delegierten von 3 Millionen Juden, welche unter 25 Millionen Polen leben? Mögen sie einem leidenschaftlichen Judenfreunde gestatten, ihm zu sagen, daß es in Europa keine einzige Nation gibt, nicht Frankreich, nicht England, weder Italien noch Deutschland, die bereit wäre, die Forderungen zu erfüllen, die sie an Polen stellen. Keine Nation würde Fremden, die sie bei sich aufgenommen hat, gestatten, einen Staat im eigenen Staat zu errichten oder ihnen etwas anderes zuerkennen, als das Recht, mit der Nation, die sie aufgenommen hat, sich zu verschmelzen. Der Zionismus, der die Wiederaufrichtung Jerusalems auf dem heimatlichen Boden erträumt, ist ein frommes und berechtigtes Unternehmen, welches gewiß bei keinem Patrioten der Entente Widerstand finden würde, aber der Zionismus der beabsichtigt, neue jüdische Nationen inmitten anderer Länder, wie Polen, Rumänen, Rußland zu errichten, könnte nur ein einziges Resultat haben: in allen Ländern und in ganz Europa einen furchtbaren Ausbruch des Antisemitismus hervorzurufen.“

Gegen diese Ausführungen polemisiert im „Jüdischen Echo“ L e o R o s e n b e r g (dessen gehässige Artikel in der zionistischen Presse viel zur Verhetzung der Polen beigetragen haben). Er versichert: „Die nationalen Rechte, die wir meinen, sind m e n s c h l i c h e R e c h t e. Unsere nationalen Rechte sind nichts anderes, als die wohlverstandene menschliche Gleichberechtigung“. Es komme nämlich darauf an, ob man die Existenz des jüdischen Volkstums einräume, was ja sogar die führenden Männer des jüdischen Liberalismus in Deutschland ebenfalls tun. Auf Grund dieser Anerkennung „fordern wir national-kulturelle Autonomie. Was wünscht diese Kulturautonomie? Anerkennung des jüdischen Volkstums, im wesentlichen Anerkennung der j ü d i s c h e n S p r a c h e.“ „Nationale Sprache bedeutet nationale Erziehung, nationale S c h u l e. Das Schulwesen will unterhalten, will ausgebaut werden, das bedeutet nationale F i n a n z w i r t s c h a f t.“ Leider bleibt Leo Rosenberg hier stehen, man müßte aber in derselben Richtung fortschreiten. Nationale Finanzwirtschaft bedeutet nationalen Handel, nationale Landwirtschaft, nationale Industrie, nationale Zollpolitik, nationale Armee. Das alles müßten die Juden ganz besonders für sich haben, um die nationale Sprache zu erhalten und zu pflegen. „Ferner haben die Juden ein Recht, in ihrer eigenen Sprache g e r i c h t e t und a n w a l t e t zu werden. K u l t u r a u t o n o m i e b e d e u t e t a l s o p o l i t i s c h e A u t o n o m i e.“ Mit anderen Worten, um die „jüdische Sprache“ zu erhalten, muß eben ein jüdischer Staat im Staat aufgerichtet werden, und das ist es gerade, was Gustave Hervé und mit ihm jeder vernünftige Mensch einsieht, keine Nation und kein Land den Juden erlauben wird. Seitdem die Entente den Judenstaat in Palästina aufzurichten versprochen hat, sprechen Rumänien, Ukraine und Polen übereinstimmend zu den Juden: „Was habt Ihr hier zu suchen? Geht gefälligst in Euren Judenstaat nach Palästina und pflegt dort Eure nationalen Güter nach Herzenslust. Wir kommen ja auch nicht zu Euch dorthin, um auf Eurem Boden unsere nationalen Ideale zu pflegen.“

Ja, die polnischen Nationaldemokraten, dieselben, welche seit dem Herbst die großzügigen Pogrome veranstaltet haben, haben in einer besonderen Broschüre: „Moyen de résoudre la question Juive en Pologne“, die nationale Autonomie der Juden mitsamt der nationalen Schule einzuführen vorgeschlagen! Nach dem Zusammenbruch Deutschlands und der Zentralmächte besteht keine Gefahr mehr, daß die Juden gegen die Polen ausgespielt werden könnten. Dagegen bietet die nationale Autonomie das Mittel in die Hand, sie von der heimischen Wirtschaft und dem heimischen Leben ganz auszusperren, einen großzügigen Boykott auf allen Gebieten gegen sie durchzuführen und sie schließlich zum Lande hinauszudrängen.

Überall wo die polnischen Truppen einrücken, von E n t e n t e o f f i z i e r e n k o m m a n d i e r t, richten sie unter den Juden Blutbäder an. Es sind fast durchweg P o s e n e r Soldaten und Unteroffiziere, die die Pogrome verüben. Seitdem Polen

unter den Einfluß der Entente gekommen ist, wird das seit 1907 von Dmowski und Paderewski aufgestellte Judenprogramm beharrlich durchgeführt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es nur eines Winkes von der Entente bedurft hätte, um dem systematischen Morden, Brennen und Plündern Einhalt zu gebieten. Die polnische Friedensdelegation hat Herrn Sokolow erklärt, das sei die Strafe für die Forderung der „nationalen Autonomie". Allein das könnte bestenfalls für Frankreich eine Entschuldigung sein, da wir gesehen haben, daß man in Frankreich für dieses Postulat nicht gerade schwärmt. Aber in England und in Amerika setzt man sich ja dafür mit aller Energie ein. In England plant man ja, den unter britischen Einfluß zu stellenden Judenstaat in Palästina zu einem „religiös-kulturellen Zentrum" für die ganze Judenheit zu machen, als dessen Organ die nationale Autonomie der Juden in den einzelnen Ländern Europas dienen solle. In Amerika haben die führenden Staatsmänner die jüdische Nation bereits anerkannt. Warum hat weder Amerika noch England den Herren Dmowski und Paderewski auferlegt, den Blutdurst des Pöbels und der Soldateska niederzuhalten, wie dies Österreich und Deutschland bis zu ihrem Zusammenbruch taten? Warum erlauben diese Mächte, daß die Juden massakriert werden, zur Strafe für eine Forderung, die sie ja selber so warm vertreten? Herr James Balfour hat zu einem Buch von Herrn Sokolow eine Vorrede geschrieben, Herr Weizmann rühmt sich, ein intimer Freund des Herrrn Lloyd George zu sein. In der erznationalistischen „Wiener Morgenzeitung" vom 13. Mai schildert ein Herr Dr. Jürgel, Mitglied eines der jetzt in Paris tagenden „Nationalräte" in begeisterten Worten das „jüdische Synhedrium" in Paris, das sind die Herren Louis Marschall, Richter Haser, Prof. Frankfurter, Oberst Butler und andere Zionistenführer; der Schreiber sonnt sich förmlich in dem Glanz, der dadurch auf ganz Israel fällt, denn jeder dieser Herren ist mit irgendeinem Mächtigen in Washington oder London „intim befreundet". „Man sieht erst", heißt es in der verzückten Schilderung, „welchen ungeheuren Einfluß das amerikanische Judentum auf seine Regierung und Gesellschaft hat wenn man die durch Oberst Butler bei dem von diesem Herrn veranstalteten Sederabend verlesener Briefe und Depeschen hört, in denen verschiedene hohe Persönlichkeiten den Juden ihre Osterwünsche entboten". Es waren darunter der Hauptkommandierende der amerikanischen Armee, General Pershing, der Marineminister Douvels, der Kriegsminister Baker, der englische Minister Samuel und . . . Marschall Foch! Auf derselben Seite des genannten Blattes lesen wir eine Depesche, wonach Balfour in einer nach Warschau gerichteten Note das Aufgeben der beabsichtigten Offensive in Galizien (gegen die Ukraine) verlangt und mit der Einstellung der Zufuhren nach Polen droht. Warum haben diese hohen Herren ihren ungeheuren Einfluß bei der Regierung und der Gesellschaft nicht dazu benutzt, daß Balfour oder Wilson von Herrn Paderewski das Aufgeben der fortwährenden Offensive gegen jüdische Greise, Frauen und Kinder unter Androhung der Einfuhr nach Polen verlange. Wer gibt Antwort auf diese Frage?

B. Segel.

Vorstehender Artikel enthält viel interessantes Material. Er wird deshalb hiermit veröffentlicht, ohne daß allen Einzelheiten zugestimmt werden kann, insbesondere hält es der Centralverein nicht für richtig, den Zionisten auch nur indirekt die Schuld an den polnischen Pogromen zuzuschieben.

3. Nochmals die „Blau-Weiß-Bewegung".

Von zionistischer Seite ist bisher stets bestritten worden, daß die Blau-Weiß-Bewegung im zionistischen Fahrwasser segelt. In dem Juni-Heft der „Jüdischen Turn- und Sport-Zeitung" veröffentlicht der neue zionistische Jugendsekretär Erich Roth einen Artikel über die „Organisation der nationaljüdischen Jugend", in dem es u. a. heißt:

„Der Blau-Weiß, der bei seiner Gründung vor Jahren kein anderes Ziel hatte, als ein Wanderbund zu sein, hat sich besonders im Kriege, zu einer Gemeinschaft entwickelt, die ihre Menschen ganz zu erfassen verstand. Der Blau-Weiß ist vielleicht die einzige Organisation, die einen ungefähr einheitlichen Typ des jungen Nationaljuden herauszubilden beginnt. Es sind junge Menschen, die eine heftige Erschütterung, eine aufwühlende Revolutionierung ihrer Seele erfahren haben, denen die zionistische Idee nicht nur irgenein Bekenntnis bedeutete, sondern ihr ganzes Leben, all ihre bisherigen Anschauungen, Gewohnheiten, Studium und Beruf umwarf, um sie ganz in den Dienst der jüdischen Bewegung und palästinensischen Arbeit zu stellen."

Nach diesem klaren Bekenntnis muß erneut vor dem Eintrtitt in den Blau-Weiß gewarnt werden.

4. Hebräische Spielnachmittage.

Es ist allgemein bekannt, daß der Zionismus die Jugend bis ins früheste Schulalter hinab bearbeitet und mit allen Mitteln für seine Ziele zu ge-

winnen versucht. Als ein interessantes Dokument in dieser Richtung sei nachstehend die Einleitung der Einladung der „Berliner Zionistischen Vereinigung, Gruppe Süd" zu hebräischen Spielnachmittagen abgedruckt:

„Wir beabsichtigen einen hebräischen Spielnachmittag für Kinder von 6 bis 12 Jahren einzurichten. Einmal — falls es später möglich ist, zweimal in der Woche — sollen die Kinder unter Leitung einer Kindergärtnerin zu gemeinsamem Spiel in dem Lokal unserer Bezirksgruppe (Prinzenstr. 42) vereinigt werden. Das Spiel, die natürlichste und unterhaltendste Betätigung des Kindes, ist das rechte Mittel, um es mühelos, ohne Zwang und ohne besondere Anstrengung an die Sprache unseres Volkes zu gewöhnen."

5. Der „Zionist" Jacob H. Schiff.

Die „Deutsche Israelitische Zeitung"-Regensburg brachte vor kurzem folgende Notiz, die eine Meldung, welche typisch für die Art der zionistischen Berichterstattung ist, sachlich und wohlbegründet widerlegt:

„Jacob H. Schiff, der greise Philantrop und jüdische Führer hat seine frühere Haltung geändert und sich zugunsten einer jüdischen Heimstätte in Palästina erklärt. Obgleich Herr Schiff es für sich selbst unmöglich findet, einige Phasen der zionistischen Propaganda gutzuheißen, besonders die Betonung des jüdischen Nationalismus auf Kosten der Religion unterstützt er doch das Hauptziel, das in der Schaffung einer öffentlich rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina liegt."

Ja, das heißt, Schiff verwirft das Nationaljudentum und billigt die Kolonisation Palästinas für solche Juden, die in ihrer Heimat bedrückt werden oder sich nicht wohl fühlen. Wenn das Zionismus ist, dann sind fast alle Juden Zionisten. Die Kolonisation Palästinas bestand schon lange vor dem Zionismus. Das „Nationaljudentum" ist es, das im Zionismus bekämpft wird und in jeder Nüance bekämpft werden muß.

6. Zur Kongreßfrage.

Ende April d. J. versandte der Central-Verein ein Rundschreiben, in dem vor der Unterzeichnung der von den Zionisten verschickten Zustimmungserklärung für einen jüdischen Kongreß gewarnt wurde. Darauf ging bei dem Vorsitzenden des Central-Vereins das nachfolgend auszugsweise wiedergegebene interessante Schreiben von Rabbiner Dr. Königsberger-Berlin ein:

Sie hatten die Güte, auch mir Ihr Zirkulär, mit dem Sie gegen die Theorie und Praxis gegen das „jüdische (zionistische) Kongreßkomitee" (Berlin C, Burgstr. 30) Stellung nehmen, zuzusenden, und wollen mir gestatten, darauf einzugehen.

Ich bin orthodoxer Jude und sympathisiere keineswegs mit den von ihnen bekämpften Bestrebungen des Zionismus, das jüdische Volk als politisch-nationale Einheit im Rahmen des Weltvolkstums neuerdings heranzubilden. Der Zionismus läßt die wesentliche religiöse Eigentümlichkeit des Judentums durchaus vermissen und kann einen gläubigen Juden, dem das Religionsgesetz wesentliches Charakteristikum des Judentums ist, keineswegs befriedigen. Des letzteren Entwicklungsgang war nach meiner Auffassung folgender: Durch die Befreiung aus der ägyptischen Knechtschaft ward Israel ein nationales Volk, dessen staatliche Ausbildung im heiligen Lande sich entwickelte. Es erhielt aber schon vor seiner politisch-nationalen Gestaltung am Sinai und durch die Thora ein ureigentlich religiöses Gepräge. Unter seinen Königen verbanden sich seine religiösen und politischen Wesenheiten durch göttliche Weisung. Mit der Zerstörung des ersten Tempels ward nach der durch den Propheten Jeremias offenbarten Bestimmung der politische Bestand für einen Zeitraum von 70 Jahren unterbrochen. In dieser von Gott bestimmten Zeitangabe ward die Möglichkeit zur staatlichen Neubelebung angedeutet und letztere mit religiösem, d. h. göttlichem Recht von Esra und Nehemia von neuem aufgenommen und durchgeführt. Auch der durch die Tempelzerstörung aufgehobene volle Tempeldienst mit Opferhandlungen durfte nach Ablauf der angegebenen zeitlichen Unterbrechung — von den letzten Propheten bestätigt — wieder aufgenommen werden. (Keduschah rischonah-Keduscha-schenijah). Als aber mit der römischen Invasion und der zweiten Tempelzerstörung das politische Staatsleben und der Tempeldienst aufgehoben wurden, gingen beide dahin, und da das Prophetentum längst erloschen war und eine göttliche Festsetzung der Unterbrechungszeit ausblieb, muß fortan im Judentum staatliche Politik und auch der Opfercharakter des Tempeldienstes fehlen, vielmehr an des letzteren Stelle der von Esra und der großen Synode mit prophetischer Sanktionierung zugeschaltete Gebetsgottesdienst treten, dem sich zur Kräftigung des jüdischen Lebens das Thorastudium zugesellte. Eine Wiederaufnahme des Staatslebens und des Opferdienstes ist der fernen messianischen Zukunft vorbehalten, kann also nur erwartet werden. Das erstere aber dürfte für immer eine . . . . bleiben, denn die jesajanische Weißsagung vom messianischen Weltkönigtum, verbrüderte die ganze Menschheit, nicht etwa nur das jüdische Volk zu einer Einheit, das Leben von Einzelstaaten wird also aufhören, die Politik im nationalen Sinne verschiedener Völker ausgeschaltet sein. So wird also auch nimmer wieder ein jüdischer Staat erstehen. Wohl aber wird das jüdische Volk als Zentrum der Menschheit geschlossen in Wiedervereinigung seiner über das Erdenrund verstreuten Glieder erstehen und dann geeint als Pionier der dem einzigen Gotte in reinster Erkenntnis dient, bestehen bleiben. Seine Religion wird in spezifisch uralt jüdischer Eigentümlichkeit auf vollkommener ethisch-moralischer Basis für Israel maßgebend zur Betätigung sein und der üübrigen Menschheit wird es vorbehalten bleiben, sich ihm anzuschließen und alles Edle und geistig Hohe zu betätigen. Für diese Zwischenzeit der Diaspora von der 2. Tempelzerstörung bis zur messianischen End-Ewigkeit gilt für politische Sehn-

sucht das beschränkende Wort des talmudischen Weisen (des Amoräers Samuel), daß Israel in politischer Abhängigkeit bleiben soll (ên bên haolam hasêh limoth hamaschiach elâ schibud malchijôth bilwad; bab Berachôth 34 b und Parall.), die erst in der Zukunft aufhören wird (b. Abodah zarah 65 a.).

Darum fühle ich mich vollauf gedrängt, die von zionistischer Seite angeregte und mit fortschreitend stärkerem Selbstbewußtsein geforderte und geförderte Gründung des jüdischen Volkstums mit politischem Charakter abzulehnen und meiner Anschauung das offene Wort zu sprechen, daß es auch von anderen religiösen Gesinnungsgenossen aufgenommen und angeeignet werde. Und niemand lasse sich durch die heut (29. 4. 1919) mittags durch die Zeitungen gegangene Meldung blenden oder verwirren, daß die Amsterdamer Sozialistenkonferenz einen Antrag angenommen habe, daß Palästina ein unabhängiger Staat und als solcher Mitglied des Völkerbundes werden solle. Etwas anders ist die Besiedelung des heiligen Landes, ist selbst die zugleich der ungehinderten religionsgesetzlichen Betätigung dienliche Anstrebung autonomer Verwaltung, ist selbst die Erfüllung des 1. Punktes des Baseler Programms („Gründung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina"); von der Förderung dieses schönen Zieles einer weitgehendsten Kolonisation des heiligen Landes (jischub erez jisroël) werden sich nur sehr wenige ausschließen wollen, an ihr werden sich, wenn die jüdische Forderung darauf beschränkt und religiöse Kautelen maßgebend sind, wohl alle gern beteiligen, nicht nur auch die Misrachisten, sondern auch die jüdische Orthodoxie in pleno. — Das war wohl auch das Leitmotiv der allerersten Zionisten. Das war auch vor fast 20 Jahren für mich der Antrieb, mich vielleicht als erster orthodoxer Rabbiner in Deutschland dem Zionismus anzuschließen, während mich die Ausdehnung des Zionismus auf Gemeinde- und völkischnationale Politik vom weiteren Gange mit den Zionisten immer mehr zurückschob. Mit der politischen Idee des Zionismus darf sich die jüdische Orthodoxie, jetzt wesentlich in die „Agndas Isroel" inkorporiert, nicht identifizieren; das brächte trotz des Überzeugungseifers der Misrachisten nur Unklarheit in ihre Aufgabe, in ihre religiöse Prägnanz; das würde unbedingt, wie ich es darzulegen unternahm, der biblischen Anschauung von der himmlischen Vorsehungsidee und der Lehre des Talmuds widersprechen. Gilt doch im Zionismus immer mehr das Prinzip der Trennung von Politik und Religion, ja die Feststellung der letzteren als Privatsache und ich erschauerte neuerdings wieder, als ich von Freunden und meinem Sohne angeregt der Eröffnung der Palästinawoche beiwohnte und sowohl in den Ansprachen der Herren Prof. Warburg und Dr. Ruppin, wie besonders in der dazu besonders geeignet gewesenen warmen des Herrn Dr. Klee jedes religiöse Moment, jeden Hinweis auf die Leitung des Himmels des schomer jisroel, vermißte, der doch die sicherste Bürgschaft böte, die Arbeit der Juden und ihr Streben ans Ziel gelangen zu lassen und die Sorge um die Leiden und die Erfüllung tausendjähriger Sehnsucht zu bannen.

Fasse ich meine Gedanken zusammen, so bleibe ich mit Ihnen, meine Herren, mit Ihnen, verehrter Herr Geh.-Rat, weil ich als Deutscher geboren wurde, bis zum Nahen des Messias „deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", wenn ich auch nicht Mitglied Ihres Zentralvereins bin oder werde. — — — — — — — —

Alles in allem lehne ich also mit Ihnen die Aufforderung zur Teilnahme am „Jüdischen Kongreß" ab, weil sie ein klares Bekenntnis zum nationalgesinnten „jüdischen Volke" voraussetzt. Ich bleibe als treuer Jude ein Deutscher und will für die Erlangung der freien Betätigung meines Judentums bis zur Erreichung des vollen Endzieles kämpfen, bei dem ich weiß und sehe, daß ich als Jude weder geschmäht noch überhaupt in meinen politischen Rechten geschmälert bin. Ich will im deutschen Vaterlande für die freie und volle Betätigung meiner Religion wirken, will danach streben, daß meine Glaubensbrüder geistig und körperlich immer mehr wieder erstarken, daß die jüdische Kultur, zumal als wesentlicher Faktor der allgemeinen Kultur, in der Dichtung und Kunst, in Moral und Recht, in allen schönen Eigenheiten sich entwickle, will unbehindert im Zusammenhange mit allen Glaubensgenossen auf dem Erdenrund für ihre Freude mich betätigen, ihre Not und ihre Leiden lindern, im rechten Sinne des alten Wortes „al tifrosch min hazibbur" und will durch vertieftes Verständnis in das jüdische Gesetz, die jüdische Ethik, Recht und Pflicht und obendrein die Kraft erlangen, als Glied des von Gott geheiligten Priestervolkes mit meinen Brüdern und Schwestern die Fackel und Fahne der Tugend in die Menschheit tragen. Mag auch mein Judentum den vaterländischen deutschen Einschlag bekunden, wird doch der Kern seines Inhalts jüdisch und vielleicht ein „Kiddusch haschem" sein. Rufen Sie mich, verehrter Herr Geheimrat, zum allgemeinen Kongreß! Ich komme und will unter unseren Glaubensgenossen darauf hinwirken, daß sie mitkommen. Seine Berufung muß aber auf der Basis eines demokratischen Wahlmodus — er ist ja jetzt modern — erfolgen und er selbst muß allen jüdischen Interessen, wie ich sie andeutete dienen, dem Ganzen zuliebe, keinem zuleide. Und erst sei es ein Kongreß aller deutschen Juden, ohne nationaljüdische Färbung. Wenn sich dann vielleicht die Glaubensgenossen aller anderen Länder der Welt in gleicher Weise kongressiv organisierten, dann zum Weltkongreß der ganzen Judenheit für die Betätigung der gleichen Aufgaben und nur zum Austausch der Gedanken und zu gegenseitiger Anregung und Verständigung! Und weil uns die Sehnsucht nach Erez Jisroel blieb, mag diesen Weltkongreß in Jerusalem tagen — leschanah habaah biruscholajin, von dem wir gehoben und gestärkt in unsere deutsche Heimat zurückkehren, um in ihr zu bleiben, bis der Herr es anders bestimmt.

7. Nochmals die „Jüdische Selbstwehr".

In Nummer 1 der Mitteilungen des Syndikus befindet sich auf Seite 6 in dem Briefe „War der C.-V. untätig?" folgender Passus:

„Wir sind gegen jeden rein förmlichen Protest, denn er ist der Ausdruck einer tatenlosen Vielgeschäftigkeit, die keinen Hund hinter dem Ofen hervorlockt. Wir hatten inzwischen besseres zu tun, wir hatten zu unserem eigenen Schutz die Selbstwehr zu organisieren; die Proteste konnten wir den Schreiern überlassen."

Dieser Satz kann mißverständlich aufgefaßt werden, und ist in der Tat mißverständlich aufgefaßt worden. Es sollte in ihm nicht behauptet werden, daß der Centralverein die Gründung der jüdischen Selbstwehr in Berlin seinerseits veranlaßt hatte; der Plan der Gründung, die erste Organisation ist vielmehr von zionistischer Seite ausgegangen. Der Centralverein und andere nichtzionistische Jugendorganisationen sind erst im späteren Verlauf der Vorgänge hinzugetreten. Der Centralverein hat dann finanzielle Hilfe gewährt. Von nichtzionistischen Jugendvereinen sind eine Anzahl Mitglieder der Selbstwehr beigetreten.

In diesem Sinne muß der oben wiedergegebene Satz aufgefaßt bezw. berichtigt werden.

Daß übrigens eine derartige einschränkende Auffassung nahelag, beweist der Zusammenhang dieser Stelle mit Seite 9, Artikel „Fehlt es an positiver Arbeit?", in dem es ausdrücklich heißt:

Wir haben uns endlich an der Organisation einer jüdischen Selbstwehr als Teil des hiesigen öffentlichen Sicherheitsdienstes beteiligt. Bei dieser Selbstwehr sind alle Parteirichtungen im Judentum zusammengegangen, und es ist auch eine völlige Einigung erzielt worden.

Der im Artikel „War der Centralverein untätig?" abgedruckte Brief rührt übrigens nicht vom Syndikus Dr. Holländer her.

8. Das von den Zionisten Erreichte und Versäumte.

Die zionistische „Wiener Morgenzeitung" bringt unter dem Stichwort: „Erreichtes und Versäumtes" einen Aufsatz über eine Reihe von Artikeln, in denen Ruben Fink im Newyorker „Jiddischen Kämpfer" das von der zionistischen Delegation in Paris Erreichte und Versäumte zusammenstellt. Mit Rücksicht auf den informatorischen Inhalt des Aufsatzes und einige ganz interessante kritische Stellen sei der Artikel nachfolgend auszugsweise wiedergegeben:

„In seinem ersten Sonderartikel legt Ruben Fink dar, daß die Zionisten und ganz besonders die Delegierten des amerikanischen jüdischen Kongresses viel zu spät nach Paris gekommen sind und dadurch vor allem die geradezu einzige Gelegenheit, gleich den anderen Nationen sich einen Delegierten an dem Friedenstisch bei den Beratungen zu sichern, wie auch die Möglichkeit, die jüdische Frage gleichzeitig mit den Vorschlägen betreffs der Liga der Nationen zu erörtern, versäumt haben. In seinem zweiten Artikel weist Ruben Fink auf das in Paris Erreichte hin und schreibt: Jetzt wollen wir sehen, was sie, die Zionisten, bekommen haben. Das, was die Führer erlangt haben, hat vielleicht recht vielen Zionisten aller Schattierungen nicht gefallen. Das „Volk" hätte sicher ein anderes Programm vorgelegt. Ob das Volk dies Programm hätte durchführen können oder das Spiel ganz verloren hätte, darüber kann man nur Vermutungen anstellen. — Die Hauptpunkte, die die zionistischen Führer verlangt haben und die ihnen auch so gut wie ganz bewillig wurden, sind folgende:

1. Die Friedenskonferenz in Paris anerkennt ohne irgendwelchen Vorbehalt das Prinzip, daß ein jüdisches „commonwealth" in Palästina wünschenswert ist und daß dieses „commonwealth" von den Völkern unterstützt werden soll.

2. Unter Palästina hat man jenes Territorium zu verstehen, welches zur Zeit der Bibel mit diesem Namen bezeichnet worden ist, das heißt, das Land, das die Juden in den erfolgreichsten Jahren ihrer Geschichte besaßen, das Land, das sich von Dan bis Beerseba hinzieht und das das „größere Palästina" genannt wird.

3. Palästina soll unter die Aufsicht der Liga der Nationen gestellt werden.

4. Diese Liga der Nationen soll einem ihrer Mitglieder — man meint damit sicher England — im Namen der Liga das Mandat über dieses neue Reich erteilen und das Mandat soll laut den Vorschriften und Gesetzen der Liga ausgeübt werden. Wie lange dieses Mandat andauern soll, ist unbestimmt und hängt von späteren Umständen ab, laut dem Willen und der Fähigkeit der Einwohner von Palästina.

5. Die Juden in Palästina sollen nationale Rechte haben und volle Gewalt über ihre eigenen Angelegenheiten unter allgemeiner Aufsicht des Mandatars. Die jüdischen Gemeinden in Palästina; jede besonders und alle zusammen als Ganzes sollen dieses nationale Recht bei der Einrichtung ihre eigenen Institutionen besitzen. Sie sollen eine Art autonomes Leben in allem führen, was die Juden in Palästina berührt. Dies wird unbedingt so verstanden, daß das jüdische nationale Recht von dem Mandatar anerkannt wird.

6. Palästina wird anerkannt als jüdisches Heim — homeland — aber dadurch sollen die Interessen der Juden in allen anderen Ländern wie auch die Interessen der Nichtjuden in Palästina nicht berührt werden.

7. Die Juden sollen eine proportionelle Vertreterschaft laut ihrer Macht und ihrem Einfluß in den verschiedenen „Regierungcouncils" und anderen administrativen Einrichtungen haben.

8. Die Juden sollen das absolute Recht erhalten, die Aufsicht über die jüdische Immigration in Palästina zu führen. Die Juden sollen die Einwanderer an das Land anpassen um sie für die zukünftigen Bedürfnisse und Beschäftigungen vorbereiten können. Es wird unzweideutig verstanden, daß diese Regulierung ausgearbeitet und kontrolliert wird von dem jüdischen administrativen Komitee. Daher wird die nichtjüdische Bevölkerung die Juden, die sich in Palästina niederlassen wollen, nicht stören können, und gleichzeitig werden die Juden Bestimmungen treffen können, trotz liberalstem Reglement nur diejenigen zur Einwanderung zuzulassen, die dem Lande behilflich und nützlich sein können.

9. Der Besitz von Boden soll so geregelt werden, daß er nicht in die Hand von Spekulanten geraten kann. Der Boden soll nur denjenigen verkauft werden, die ihn bebauen wollen und darüber soll die jüdische Administration zu entscheiden haben. Sie soll auch im eigenen

Namen Land für die Landarbeiter kaufen können, so daß es nicht vertrustet werden kann.

10. Es wird verstanden und anerkannt von den Völkern der Friedenskonferenz von der Mandatarmacht, wie auch von den Nationalitäten, die Palästina bewohnen, daß Palästina schon jetzt ein jüdisches „Home" wird und daß ein möglicher Judenstaat in der Zukunft erwartet wird, laut den Umständen der Bevölkerung und anderen Faktoren. (Bei diesem Punkt drückt man sich nicht ganz klar aus).

Diese Punkte sind die 10 Gebote, die die zionistischen Führer in Paris gefordert und erlangt haben. Ich schildere sie hier in meiner eigenen Sprache und nach meiner eigenen Anordnung. Die Zionisten werden wahrscheinlich nach einiger Zeit alles veröffentlichen und einige meiner Punkte noch berühren und von anderen Punkten bloß kürzere Details mitteilen. Aber nach der Ansicht von Weizmann, Rosow, Jacobsohn, Chaimsohn und selbst Sokolow habe ich damit die wichtigsten Punkte mitgeteilt. Nach mannigfachen Unterredungen und Betrachtungen mit ihnen habe ich dies herausbekommen. Wie man sieht, haben also die Führer im allgemeinen alles erreicht, was sie verlangt haben und weshalb? Weil sie ein solches Minimum verlangt haben, daß gar keine Möglichkeit mehr zum Verlieren übrig blieb. Wir haben einstweilen nicht mehr als eine Art „Homeland" (ein sehr unbestimmter Terminus) in Palästina, und wir bekommen dort nationale Rechte (wie die Juden sie jetzt in Litauen haben und wie sie die Juden in Saloniki zu haben pflegten) — das ist jetzt, das ist vorderhand. Später, wenn die Juden in Palästina die Majorität bekommen, werden diese nationalen Rechte eine andere Bedeutung haben. Dann — so wird es verstanden — obwohl es nicht klar bezeichnet ist, wird erst der wirkliche jüdische Staat in Palästina geschaffen werden.

9. Der Zionismus in Amerika.

Zionistische Redner behaupten fast in jeder Versammlung, daß die Masse der amerikanischen Juden hinter dem Zionismus stände. Demgegenüber ist die nachfolgende Meldung des „Kopenhagener Zionistischen Büros" interessant, aus der man ersehen kann, wie sich zahlenmäßig die „Masse" der Juden Amerikas zum Zionismus verhält:

> Die in Newyork erscheinende Zeitung „Daily News" berichtet in einem Leitartikel, daß unter 3500000 Juden in den Vereinigten Staaten 150000 organisierte Zionisten sind, während die Zahl derjenigen, welche die Petition für eine jüdische Heimstätte in Palästina unterzeichneten, eine Million erreichen dürfte.

10. Frankfurter Zeitung und Zionismus.

Die „Frankfurter Zeitung" hat vor Kurzem einen Leitartikel über den Zionismus und seine Gefahr für die deutschen Juden veröffentlicht. Der Artikel sei nachfolgend wiedergegeben, wenn auch die Eingangszeilen inzwischen durch die Ereignisse überholt sind:

Der Zionismus steht vor einem großen Erfolge. Es ist wahrscheinlich, daß ihm schon die Friedenskonferenz die Erfüllung seiner Wünsche bringen wird. Alle Großmächte haben seine Forderung anerkannt, daß Palästina eine „nationale Heimstätte für das jüdische Volk" werde. Das geschah schon zu einer Zeit, als der Krieg noch nicht entschieden und es daher noch ungewiß war, wessen Zusage schließlich das größere Gewicht haben werde. Am 2. November 1917 schrieb Balfour an Lord Rothschild, die englische Regierung betrachte die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und werde die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern. Ähnlich haben sich Wilson, Pichon, Imperiali und die Regierungen der Zentralmächte geäußert. Die Erwartung, daß diese Palästinafrage nun gelöst werde, ist also begründet, und man begreift es, daß die Zionisten freudig bewegt sind. Sie sind es umso mehr, als sie noch vor wenigen Jahren eine so schnelle Entwicklung der Dinge für unmöglich gehalten haben, und sie wäre ja auch ohne den Krieg nicht so rasch gewesen. Der große Krieg macht Weltgeschichte allenthalben, und man darf sagen, daß auch Palästina kein unwürdiges Objekt ist. Jedermann weiß, daß England dabei ein guter Rechner ist, aber das ändert schließlich nicht die einzigartige Tatsache, daß ein Volk nach einer Diaspora von zwei Jahrtausenden seine historische Heimat wieder erhalten soll, um dort ein neues staatliches Gemeinwesen zu errichten.

„Ein Volk . . . Heimat", ist es wirklich so? Die Zionisten behaupten es. Daß die Juden trotz ihrer Eingliederung in die verschiedenen Nationen ein besonderes Volk geblieben seien, ist ja der Ausgangspunkt der zionistischen Bewegung, und sie sieht ihren Erfolg nicht nur in der Lösung der Palästinafrage, sondern gerade auch darin, daß damit das jüdische Volk als solches anerkannt werde. Die Zionisten haben, wie bekannt, heftigen Widerspruch bei den Juden gefunden, und wenn auch im Verlaufe der zwanzig Jahre ihre Tätigkeit die Zahl ihrer Anhänger sehr gewachsen ist, so steht doch wohl die Mehrheit der Westjuden, wie man die Juden bezeichnet, die nicht zum polnisch-russischen Kreise gehören, jedenfalls aber die große Mehrheit der deutschen Juden nicht auf zionistischem Boden. Diese Mehrheit hat den Zionismus von Anfang an aus dem Gefühle abgelehnt, daß sein nationaler Gedanken nicht wahr sei, heute nicht mehr wahr sein könne. Die deutschen Juden wollen Deutsche sein und es bleiben, und sie sehen eine Gefahr für ihre Stellung in dem Bestreben, die Juden der Welt wiederum als eine besondere Nation zu präsentieren. In diesem Punkte wäre eine Verständigung zwischen der Mehrheit und den Zionisten kaum jemals erfolgt; anders hätte es in der Frage der Kolonisation Palästinas sein können, wenn sie das geblieben wäre, was sie noch vor wenigen Jahren war: eine mehr humanitäre Angelegenheit. Es ist fraglich, ob der Zionismus überhaupt entstanden wäre, wenn sich nicht das

zahlreiche Ostjudentum in einer Lage befände, die oft geradezu trostlos ist. Der Wunsch, ihm zu helfen, gab den Anstoß zu der zionistischen Bewegung, und noch lange nachher war das humanitäre Moment im Vordergrund. So hat noch im Jahre 1912 Dr. Elias Auerbach in einer vom zionistischen Aktionskomitee herausgegebenen Propagandaschrift gesagt: „Wir wollen nur, daß in Palästina, in Erez-Israel, ein Platz sei, wo jeder Jude, der irgendwo in der Welt seines Judentums wegen leidet, eine wahre Heimat finde. Wir verzichten auf alle politische Macht und Herrlichkeit, wenn nur das Judentum, das wir über alles lieben, hier eine Rettung und die Möglichkeit einer neuen eigenen Entwicklung findet, wenn nur das jüdische Volk, auf das wir überaus stolz sind, nicht verschwindet . . . ." Es ist nicht anzunehmen, daß diese Sprache nur deshalb so bescheiden gewesen sei, weil man damals noch Rücksicht auf die Türkei nehmen mußte. Es ist wohl wirklich so gewesen, daß man die Kolonisation Palästinas als ein Refugium ansah, wenn auch mancher nicht aus Not, sondern aus Begeisterung auswanderte, und wenn man auch hoffte, daß dort ein besonderer jüdischer Geist eine eigene Kultur entwickeln werde. Aber in der Kriegszeit hat sich das geändert. Der Nationalismus, der überall aufschoß, ergriff auch die Zionisten, und heute ist ihnen die „Nationalisierung der Judenheit" durchaus die Hauptsache. Wenn sie sagen: „Palästina wird jüdisch", so klingt das heute ganz anders, als es noch vor einigen Jahren der Fall gewesen wäre. In einer Propagandaschrift für einen jüdischen Kongreß, der von denjenigen Juden gewählt werden soll, die sich zum jüdischen Volke bekennen, heißt es, dieser Kongreß in Deutschland wie entsprechende Veranstaltungen in anderen Ländern seien Symptome dafür, daß sich aus dem zusammenhanglosen Judenvolk die jüdische Nation zu bilden im Begriffe sei. „Seitdem als Folge der Zerstörung des jüdischen Staates im Jahre 70 die jüdische Seele den national-politischen Gesamtwillen verlor, ist im Judentum nichts geschehen, was mit diesem Vorgang in seiner weltpolitischen Bedeutung verglichen werden könnte. Wir erleben die Wiedergeburt der jüdischen Volksseele." In dieser Beleuchtung hat auch Zion einen anderen Ton erhalten; es ist in keiner Weise mehr eine Angelegenheit für sich, sondern nur die Konsequenz eines jüdischen Nationalismus.

Ein paar Zahlen sind lehrreich. *Nach Berechnungen, die als optimistisch bezeichnet werden, wird man in zwei Generationen höchstens vier bis fünf Millionen Menschen in Palästina ansiedeln können.* Die jährliche Einwanderung der Juden in Palästina wird von dem Geburtenüberschuß der russischen Juden allein um ein Vielfaches übertroffen. Immer also werden zwei Drittel aller Juden, mindestens zehn bis zwölf Millionen, inmitten der Völker bleiben müssen, wo sie sind. *Wirft man die Frage der Juden auf, so ist also Palästina bei weitem nicht so wichtig wie die Frage der anderen Juden.* Die Zionisten haben sich bisher wenig damit befaßt, jetzt fangen sie an, sich darüber Gedanken zu machen. Das ist spät, denn nun werden *Konsequenzen, die sich etwa aus dem Zionismus ergeben, schwerlich aufzuhalten sein.* Wie verträgt sich das Staatsbürgertum, etwa im Deutschen Reiche, mit dem Bekenntnis zum jüdischen Volke? Ein Teil der Zionisten macht sich die Antwort auf diese Frage zu leicht. So lesen wir in der zuletzt erwähnten Propagandaschrift, es bestehe grundsätzlich kein Unterschied zwischen demjenigen, der dem zwischenstaatlichen Verband der katholischen Kirche, deren Oberhaupt der Papst ist, und dem, der dem zwischenstaatlich lebenden jüdischen Volke angehöre, dessen Oberhaupt der Weltkongreß der Juden werden soll. Es ist merkwürdig, daß man so fehlschließen kann. *In dem einen Falle handelt es sich um Religion, in dem anderen um Nation,* was denn doch einen großen Unterschied ausmacht. Daß einer dem Katholizismus angehört, beweist für seine Nationalität noch gar nichts, außer etwa das eine, daß er wahrscheinlich kein Samojede ist. Wenn es aber ein besonderes jüdisches Volk gibt, das sich auch überall als solches fühlt, dann ist schon die Zugehörigkeit zur jüdischen Religion ein Merkmal der Nationalität. Wie würde sich dann aber die Praxis gestalten? Nehmen wir an, ein Däne würde sich in Frankfurt niederlassen, das deutsche Staatsbürgertum erwerben und seine staatsbürgerlichen Pflichten getreulich erfüllen, so würde er als ein schätzenswerter Mitbürger angesehen werden. Wenn er aber betonte, daß er dennoch nicht aufgehört habe, dänisch zu fühlen, etwa am Samstag im Kreise seiner Familie dänische patriotische Lieder sänge, so würde ihm das gewiß nicht zustatten kommen, wenn er beabsichtigte, sich an der deutschen Politik zu beteiligen. Man würde ihm hier mit Recht entgegnen, daß ihm in solchen Dingen Zurückhaltung anstehe. Daß es sich mit den Juden, wenn eine jüdische Nation besteht, nicht anders verhielte, haben manche Zionisten eingesehen und sprechen es aus. So sagt Erich Cohn: „Juden gehören auf keinen Posten, der mit Fähigkeit und Anstand allein nicht ausgefüllt werden kann." Aber auch andere, die nicht so weit gehen, sind darüber im Klaren, daß der *Erfolg des Zionismus die Juden der Diaspora in eine Lage bringt, die immer nur ein Kompromiß sein könnte.* So schreibt Professor Carl Lewin in den „Neuen Jüdischen Monatsheften": „Die deutschen Mitbürger sollen wissen, daß das Zugeständnis fremder Art und fremden Blutes uns zu mancherlei Zurückhaltung führen wird, die von uns nicht immer geübt worden ist. Wir halten es nicht für würdelos, ihnen zu sagen, daß das Amt angemaßter, nicht durch das Vertrauen der großen Mehrheit des Volkes getragener Führerschaft in politischen und noch mehr in kulturell-deutschen Dingen von uns abgelehnt wird." Die Konsequenz, die diese Zionisten ziehen, ist richtig. Aber was soll mit denen geschehen, die nicht daran denken, das „Zugeständnis fremder Art" zu machen, die deutsch und nicht anders fühlen, und die es daher als eine unerträgliche Einengung empfänden, wenn ihnen und ihren Nachkommen die Beteiligung am öffentlichen Leben dauernd verschränkt wäre? Die Konsequenz ist auch hier klar: der Zionismus drängt die Westjuden, die jüdische Gemeinschaft aufzugeben. Seine Absicht ist das allerdings nicht, denn er will ja die Westjuden gewinnen, aber das wird ihm schwerlich gelingen, denn er stellt sie vor eine Alternative, deren einer Teil darin besteht, daß sie sich selber in gewissem Sinne minderen Rechtes erklären sollen. Das ist eine Zumutung, die viele nicht er-

tragen, aus innerstem Gefühl zurückweisen werden, da sie die Voraussetzung dafür, die „fremde Art“ als eine Unwahrheit empfinden, und es ist zu vermuten, daß dann zahlreiche Westjuden, deren ideelle Zugehörigkeit zum Judentum schon gelockert ist, den Schritt der Trennung tun werden. Einen Vorwurf wird ihnen der Zionismus daraus nicht machen können, denn er selbst hat sich in diese Lage gebracht, und der Einwand, daß ihnen die Trennung nichts nützen werde, ist nicht richtig, denn es kommt dann auf den Einzelnen an; der Name Kohn hat nicht gehindert, daß einer seiner Träger Bischof wurde.

Nationalismus ist immer eine bedenkliche Sache und führt meistens zu Enttäuschungen. Auch den Zionisten kann das bevorstehen. Es ist ihr größter Gedanke, daß ein jüdisches Zion eine neue jüdische Kultur hervorbringen werde. Aber ist nicht gerade dies ein Irrtum? Kultur ist schließlich etwas Geistiges, und große Kultur bedarf starker Phantasie. Daß die Juden diese Stärke nicht haben, ist ihr weltgeschichtlicher Vorzug, denn nur so war es möglich, daß sie, als sie noch eine Nation waren, nicht wie andere Völker durch Exzesse der Phantasie in wilden Aberglauben verfielen, sondern den Monotheismus bewahrten und das Volk der Bibel wurden. Was sie dann in der Diaspora schufen, ging zum großen Teile aus der lebendigen Berührung mit westlichen Kulturen hervor. Wird Palästina, wenn diese Lebendigkeit wegfällt, sie ersetzen können? Vielleicht liegt hier ein großer Irrtum um dessen willen man das Westjudentum preisgegeben hätte.

11. Aus den „Alldeutschen Blättern“.

In den „Alldeutschen Blättern“ vom 5. Juli 1919 schreibt Regierungsrat Fritz folgendes:

Mit der Errichtung des jüdischen Staates in Palästina und der jüdischen Autonomie in Polen, der Ukraine, Rumänien, werden die Juden als ein selbständiges Volk völkerrechtlich anerkannt. Diese Anerkennung führt notwendig und folgerichtig dazu, sie auch in den übrigen Ländern, die sie zu ihrem Wohnsitze gewählt, unter eine nationale Selbstverwaltung zu stellen, die ihnen das Recht gibt, ihre völkischen und religiösen Belange selbständig zu regeln, auch, im Verhältnis ihrer Volkszahl, Abgeordnete zu den Parlamenten zu wählen. Dagegen dürfen sie fernerhin nicht zu den Staatsämtern als Lehrer und Richter außerhalb ihres eigenen Gemeinwesens zugelassen werden, und zur Rechtsanwaltschaft vor deutschen Gerichten nur insoweit, als sie jüdische Klienten vertreten. Auch ihre ärztliche, besonders frauenärztliche „Praxis“ bedarf sehr der Einschränkung, Regierungs- und Kassenärzte dürfen sie künftig nicht mehr sein. Theater und sonstige Kunst- und Vergnügungsanstalten dürfen nicht von Juden geleitet, oder müssen als jüdische bezeichnet werden. Ganz besonders aber muß der jüdische Einfluß auf die deutsche Presse ausgeschlossen werden. Zeitungen, die jüdische Schriftleiter haben oder auch nur zum Teil in jüdischem Besitze sind, müssen am Kopfe als jüdische kenntlich gemacht werden.

Ein Kommentar hierzu erübrigt sich!

12. „Taktvoll genug oder der jüdische Vertreter“.

In der „Selbstwehr“-Prag ist unter der Spitzmarke: „Taktvoll genug oder der jüdische Vertreter“ ein Artikel von Max Brod erschienen. Der Artikel, der in folgendem nachgedruckt sei, vertritt einen Standpunkt, den der Centralverein lange bevor die Zionisten zu dieser Frage Stellung genommen haben, sehr energisch vertreten hat.

„Neulich sprach ich mit einem hervorragenden Mitglied einer Regierungskörperschaft; welcher — kann ich leider nicht verraten. Dieser Herr sagte mir: „In unserer Körperschaft sitzen auch Juden. Natürlich sind sie nicht als Juden gewählt, sondern als Anhänger unserer Partei. Aus ihrer Zugehörigkeit machen sie aber kein Hehl. Nette, anständige Menschen. Freilich, wenn eine jüdische Frage aufs Tapet kommt, dann sind sie taktvoll genug, zu schweigen. Einer von ihnen sitzt gerade neben mir. Ich beobachte ihn. Er gibt bei solchen Anlässen kein Zeichen von besonderer Erregung oder Teilnahme von sich. Ist ja auch gar nicht nötig. Wozu denn. Der Mann weiß ganz gut, daß wir nichtjüdische Kollegen genug Sinn für Gerechtigkeit haben, daß wir keine Antisemiten sind, daß bei uns den Juden kein Unrecht geschieht. Also schweigt er. Sehen Sie, der Mann gefällt mir! Und so wie er, benehmen sich alle Juden in unserer Körperschaft. Nette, anständige Menschen! Alle Achtung vor solchen Juden!“ Ich widersprach nicht. Es hätte ja keinen Zweck gehabt. Im Herzen aber dachte ich: Gott sei Dank, nun bin ich endlich darüber aufgeklärt, wie sich Juden benehmen, die auf ein nichtjüdisches Programm gewählt worden sind . . . Nette, anständige Menschen! . . . Aber was nützen sie dem Judentum, ihren jüdischen Wählern? . . . Sie machen kein Hehl daraus, daß sie Juden sind. Das wäre ja unanständig. . . . Freilich, wenn eine jüdische Frage aufs Tapet kommt . . . wie? Dann machen sie doch ein Hehl daraus? O nein, gerade dann zeigen sie so richtig, daß sie Juden sind, freilich Juden eine ganz besonderen Schlages, Volksgenossen, wie sich nur das jüdische Volk ihrer erfreut. Nette, anständige Menschen, aber wenn eine jüdische Frage aufs Tapet kommt, wenn zum Beispiel davon geredet wird, daß jemandem nur deshalb unrecht geschieht, nicht weil er nicht Deutscher oder Tscheche, sondern weil er Jude ist, wenn sich Volksmassen vor einem Geschäft ansammeln, nicht weil der Laden einem Deutschen oder einem Tschechen, sondern einem Juden gehört, wenn ein Kind in der Schule vom Lehrer verfrozzelt und schlecht klassifiziert wird, nicht weil es deutsch oder tschechisch, sondern weil es jüdisch ist — dann, ja dann sind diese

Herren jüdischen Vertreter taktvoll genug, zu schweigen. Sie werden sich doch nicht für eine eklatant jüdische Sache exponieren! Sie sind doch nicht als Juden gewählt worden und in dem Maße, als sie nun wirklich jüdische Interessen vertreten würden, würden sie ja das Vertrauen — zwar nicht der jüdischen Wählerschaft aber der deutschen oder der tschechischen Parteibonzen verlieren, von denen sie doch unter der Bedingung kandidiert worden sind, daß sie zu Verletzungen jüdischer Interessen taktvoll schweigen! — Wahrhaftig ein liebliches Bild. Als der Regierungsherr mit mir sprach, tauchte es förmlich vor meinen Augen auf. Ich sah die Verhandlung, von der er erzählte, sah den neben ihm sitzenden jüdischen Ratsmann, wie er bei Erwähnung einer jüdischen Sache vor Takt geradezu die Augen niederschlägt, kein Zeichen von Teilnahme oder besonderer Erregung von sich gibt und bescheiden mit dem Papiermesser spielt oder Figuren auf seine Aktenpapiere zeichnet, damit man nur ja nicht glaube, daß die jüdische Angelegenheit ihn interessiere. Wozu auch? Ist es nicht viel eleganter, auf die „Gerechtigkeit" der nichtjüdischen Kollegen zu vertrauen! „Das Beste ist, ich geb mich nix zu derkennen", denkt der jüdische Vertreter im unverfälschten Assimilations-Jüdisch. „Mit Gottes Hilfe wird die Angelegenheit vorübergehen und es werden nicht allzuviel ähnliche Affären während meiner Amtszeit auftauchen. Ist aber die Amtszeit vorüber, so stelle ich mich der jüdischen Wählerschaft doch wieder als Jude vor und mache mich bei meinen Parteibonzen beliebt. Was heißt beliebt? . . . Unentbehrlich! Ich bringe ihnen doch die jüdischen Stimmen, was können sie mehr von mir verlangen? Auf Ehre, es hat doch manchmal seine Vorteile, wenn man Jud ist. Das heißt: ein jüdischer Kandidat. Die jüdischen Wähler sind natürlich nicht zu beneiden, sie müssen nebbich ihre Stimmen für mich abgeben, weil ich doch Jud bin, und was haben sie schließlich davon? Bei jüdischen Angelegenheiten schweige ich taktvoll". Dies die Psychologie jener netten, anständigen Menschen, die bei ihren, natürlich nicht die Spur antisemitischen Kollegen so beliebt waren, weil sie zu schweigen verstanden, wenn jüdische Interessen mit Füßen getreten wurden. Die Zeit solcher jüdischer Schweige-Vertreter ist vorbei! Bei den kommenden Wahlen wird kein Jude anderen als bewußtjüdischen Vertretern seine Stimme abgeben. Und diese werden es sein, die in der Stunde der Not zu reden wissen.

13. „Würde bewahren".

Der nachfolgend veröffentlichte Artikel von Rabbiner Dr. Samuel-Essen wurde von der dortigen „unparteiischen Presse" zur Veröffentlichung nicht angenommen, weil er philosemitisch ist! Wer also Gerechtigkeit auch für die Juden fordert, wird abgewiesen. Das ist bezeichnend für die Strömung im Rheinland!

Das deutsche Volk geht jetzt seinen Leidensweg, und es geht ihn, wie nicht anders zu erwarten, allein. Freunde, denen es ehemals geholfen, sind entweder selber hilflos, oder haben sich in erbitterte Widersacher verwandelt. Das Schicksal hat gegen uns entschieden; die Schrecken des Krieges nehmen ihr Ende, aber die Segnungen des Friedens bleiben aus. Wir haben uns in unser Unglück zu fügen, aber es ist nicht gleichgültig, wie wir uns darin fügen.

Würde bewahren! Das sollten wir uns ernstlich zurufen. „Beherrschung der Triebe durch die moralische Kraft ist Geistesfreiheit", sagt uns Schiller, „und Würde heißt ihr Ausdruck in der Erscheinung". Darum wollen wir zunächst unsere persönlichen Meinungsäußerungen zügeln, in der Gesellschaft von Freunden, als Lehrer vor Schülern, ja im engen Familienkreise, vor Kindern und Hausgenossen. Wir wollen uns weniger, denn je, der Sprache der Gasse bedienen. Welch' ein Mitleiden, ja Erbarmen müssen wir doch mit unserer reiferen Jugend empfinden, deren Ideale zusammengebrochen sind, deren Helden mit Schimpf und Schande bedacht werden! Wenn sie es erlebt, daß jede Ordnung mit lächerlicher Überstürzung von heute auf morgen verkehrt, jede Autorität in Frage gestellt wird, jede Zügellosigkeit aber ungeahndet bleibt, wie steht es dann um ihr köstliches Vorrecht, um die Ehrfurcht? Seien wir also behutsam und beherrscht, hüten wir uns, in den Kindern den gefährlichen Nihilismus in religiös-sittlicher und politisch-sozialer Hinsicht großzuziehen. Sollen sie Baumeister der Zukunft sein, so bedürfen sie einer festen Führung und klaren Anleitung zu positivem Schaffen. Wenn die Jugend uns selber bedenklich und schwankend, wohl gar an deutscher Kraft verzweifeln sieht, woran soll sie sich erheben, woran wieder genesen? Man mache ihr klar, daß deutsche Tüchtigkeit immer großes leisten wird, wo sie sich begeistert einsetzt, wie ja selbst der unglückliche Krieg bewiesen hat. Man weise ihr die rechten Ziele, stelle die uns gemäßen nationalen Forderungen und die darüber hinausliegenden Menschheitsideale ihr vor Augen. Knüpfen wir bei den besten deutschen Traditionen an und geben wir der Jugend das Beispiel eines fraglosen Treugelöbnisses für das Deutschtum, das nicht von den Wogen des Völkermeeres verschlungen werden darf, lehren wir sie, daß sie mit neuen, besseren Mitteln den Kampf um die Sicherstellung deutscher Kulturgüter zu führen haben werden, um einen Siegespreis, der den uns jetzt entrissenen überstrahlt.

Die Würde dürfen wir aber auch nicht preisgeben in den jetzt so hoch emporlodernden Parteikämpfen. Es ist nur begreiflich, daß die solange künstlich zurückgedämmten Gegensätze und Leidenschaften mit elementarer Gewalt hervorbrechen. In einem Millionenvolke können und sollen nicht alle einer Meinung über die anzuwendenden Mittel und Wege für das allgemeine Beste sein. Da dieses aber das alleinige Ziel aller besser Gesinnten sein muß, so dürfen nicht wieder die Methoden des eben überwundenen Völkermordens im Streit der Volksgenossen in zügelloser Weise Verwendung finden. Dahin aber treiben wir, ja wir sind schon mitten darin. Es ist würdelos, immer wieder nach Schuldigen zu rufen und sich gegenseitig zu bezichtigen, anstatt offen zu bekennen: nicht eine einzige Volksgruppe ist ganz ohne Schuld. Tragen gewisse engere Kreise, hochgestellte Personen, Parteiführer oder Presseleute einen größeren Teil der Schuld, so büßen sie jetzt wahrscheinlich um so schwerer. Den guten Glauben, dem Vaterlande zu dienen und zu nützen, können wir kaum jemand absprechen. In dem Heischen und Fahnden nach Volksgenossen, die durch

ihre Gesinnung während des Krieges kompromittiert sind, und die man politisch für immer vernichten möchte, sehen wir ein niedriges Scherbengericht; um nichts besser als die französische Verfolgungssucht im Elsaß.

Und man wird uns zugute halten, wenn wir es auch ernstlich rügen, daß von gewissen Seiten nach mittelalterlichem Rezept wieder einmal die Iuden für alles Unheil verantwortlich gemacht werden. Wer glaubt heute noch daran, daß die Juden zur Zeit des schwarzen Todes die Brunnen vergiftet hätten? Damals fielen tausende unschuldige Menschen diesem allgemein verbreiteten Wahn zum Opfer. Nicht wahrer ist, was man den 600 000 Juden, die es alles in allem in Deutschland gibt, neuerdings zur Last legt; nur um einen Sündenbock zu haben und diejenigen zu betören, die nicht alle werden. Die Juden sollen die Kapitalisten zum Kriege gedrängt, als Kriegsgewinner ihn verlängert haben; sie hätten aber auch als Pazifisten für einen schmählichen Verzichtfrieden gewirkt, und zuletzt als Bolschewisten die Revolution gemacht. Dazu müßten sie die größten Verwandlungskünstler sein, da ja eines das andere in Frage stellt, ja geradezu ausschließt, und kein Mensch in einer Person Imperialist und Kommunist, Kapitalist und Spartakist sein kann. Das bedenkt der einfache Mann nicht: ihm genügt der armselige Stoßseufzer Heinrich von Treitschkes: „Die Juden sind unser Unglück", wie allen denen, die weder nachdenken, noch bei sich selber einkehren wollen. Die politischen Kurfuscher sind eben nicht um das leidende Vaterland, sondern um ihren kleinen Parteivorteil besorgt. Sie können freilich nur die traurigen Nebenerscheinungen der politischen Umwälzung den Juden aufbürden, das Große und Befreiende der Revolution nimmt ja stolz und gebieterisch die Sozialdemokratie für sich in Anspruch. Aber ist nicht diese selber in ihren maßgebenden Führern jüdisch? Man treibt einen häßlichen Sport mit der Jagd auf jüdische Namen und ist erfinderisch in der Behauptung ausgeklügelter Beziehungen zum Judentum. Karl Liebknecht macht man zum Pantoffelhelden seiner berühmt gewordenen Frau, als ob seine Eltern nicht Christen gewesen wären, sein Vater Wilhelm Liebknecht nicht zu den Vorkämpfern der Sozialdemokratie gehört hätte! Rosa Luxemburg ist eine Jüdin, aber wie jüngst ein Redner meinte, in demselben Sinne, als Adolf Hoffmann ein evangelischer Christ ist. Auch ein Geisteskampf kann nicht mit stumpfen Waffen geführt werden; sie müssen scharf und dennoch ehrlich und nicht vergiftet sein. Es ist unwürdig, sich hinter die Redensart zu flüchten: Im Kampf ist jedes Mittel erlaubt, wenn es nur dem Gegner schadet. Wir sollten darauf bedacht sein, die moralischen Kriegsschäden zu heilen, nicht zu vergrößern.

Und wir sollen Würde bewahren vor der Welt. Die feindliche kann ihre Schadenfreude über unseren Fall nicht endigen, die neutrale verhält sich abwartend. Die Art, wie wir unser Unglück tragen und mit ihm fertig werden, kann über unsere Zukunft entscheiden. Die römischen Senatoren, die unbeweglich auf ihren Sesseln den Todesstreich der Barbaren abwarteten, sind die Väter eines neuen Rom gewesen. Solche starre Würde verlangt heute niemand von uns, die wäre vom Übel. Schillers Mahnung aber gilt heute wieder: „Will der Schwache geachtet sein, so mag er seiner Ohnmacht mit Würde aufhelfen". Unbegreiflich, wie leichtherzig Deutsche mit dem Gedanken einer Besetzung weiterer Landesteile durch den Feind sich abfinden können! Wenn es unsere Schreckensmänner so wollen, wird uns auch dies nicht erspart bleiben. In der Franzosenzeit war ja selbst Berlin besetzt, und Wilhelm Rabe schildert uns in seiner „Sperlinggasse" ergreifend, wie deutsche Herzen unter fremdem Drucke nur desto lebhafter fürs Vaterland schlugen. Ein Volk aber, das die Schande nicht mehr empfände, unter fremden Willen sich beugen zu müssen, hätte auch sein Letztes preisgegeben: Seine Ehre. Dahin darf es niemals kommen! Pariser Berichterstatter meldeten aus Köln in den ersten Tagen nach der Besetzung: Die Leute trugen den Kopf hoch, sie fühlten sich nicht besiegt und sie erkannten auch keinem einzelnen ihrer Gegner den Sieg zu. Das war mannhaft und läßt hoffen. Rußland war der Koloß mit tönernen Füßen, der innerlich ausgehöhlte, morsche Organismus, der zerfiel: Deutschland war der tollkühne Luftschiffer, den der Sturmwind überkam und zerzauste. Wenn unser Mut ungebrochen ist, führen wir sogar aus den geretteten Trümmern unseres Fahrzeuges einen bescheidenen Neubau auf, der uns Obdach, Nahrung und Betätigung gibt, und von dem aus friedliche Wege in alle Welten führen. Nur eins wollen wir nicht vergessen: Würde bewahren!

14. Aufrollung der antisemitischen Frage in Kommunalsitzungen.

a) in München:

Rechtsanwalt Dr. Strauß, Mitglied des Centralvereins in München, hat im Münchener Gemeindekollegium eine kernige Ansprache gehalten, in der er auch die in München besonders hochgehende antisemitische Welle streifte. Aus seiner Rede, die in den „Münchener Neuesten Nachrichten" erschien, sei folgendes wiedergegeben:

Auf eines möchte ich noch wie schon in der gestrigen Sitzung, hinweisen. Sie alle erinnern sich, daß vor einigen Tagen Flugblätter verteilt wurden, die zum Kampf gegen die Juden auffordern. Vor mir liegt ein Werk Maxim Gorkis über die russische Revolution, in dem auch diese Frage behandelt und darüber geklagt wird, daß an die Spitze der Elemente, die die Revolution machen, sich Leute drängen, die aus den politischen Bestrebungen ein Geschäft machen wollen. Die Kreise jüdischen Glaubens in München sind damit nicht einverstanden, daß Leute, die die deutschen Verhältnisse nicht kennen, den Deutschen und damit ihnen, Zwang antun wollen; sie teilen durchaus nicht die Bestrebungen von dieser Seite, sondern nehmen den Standpunkt ein, daß jeder sich politisch betätigen kann, wie er will. Man muß diese Leute bekämpfen, nicht weil sie Juden sind, sondern weil sie ultra-radikale Revolutionäre sind; das muß gegenüber den wilden Gerüchten, die in der Bevölkerung über einen gewissen Zusammenhang der Dinge bestehen, gesagt werden. Maxim Gorki sagt in seiner Schilderung: „Ein Jahr russische Revolution" (s. Süddeutsche Monatshefte, Oktober 1918, S. 10). „Von Freude ist nichts zu sehen, der Antisemitismus lebt fort. Er erhebt allmählich vor-

sichtig sein garstiges Haupt, zischt, verleumdet und spritzt den giftigen Speichel des Hasses um sich. Was ist denn los? Man bedenke nur: unter den anarchistisch gesinnten Bolschewisten befinden sich zwei Juden. Ich glaube sogar drei. Manche sprechen von sieben und mehr, und sind überzeugt, daß diese sieben Simsons den von 170 Millionen Menschen bewohnten Tempel Rußlands niederreißen werden.“ Und etwas später sagt derselbe Schriftsteller: „Und Menschen, die sich zum milden Heiland bekennen, glauben, daß für die Sünden von zwei oder sieben Juden das ganze jüdische Volk büßen muß.“ Und zum Schlusse des betreffenden Artikels sagt Gorki dann noch weiter: „Ich glaube nicht an einen Erfolg der verleumderischen Propaganda der Antisemiten. Ich glaube an die Vernunft des russischen Volkes, an sein Gewissen, an die Aufrichtigkeit seines Strebens nach Freiheit, die jede Vergewaltigung von Menschen ausschließt. Ich glaube, daß alles vergeht und nur die Wahrheit besteht.“ Was hier über russische Verhältnisse gesagt ist, gilt fast ausnahmslos auch für uns. Und man darf daher in obige Schilderungen und Äußerungen statt den Worten „Rußland“ und „russisch“ nur „Deutschland“ bezw. „Bayern“ und „Bayrisch“ setzen. Und dann sind diese Sätze auch der jetzigen Lage, in der wir uns befinden entsprechend. Also, um es nochmals auszudrücken: Wir Deutsche jüdischen Glaubens lieben unser deutsches Vaterland mit jeder Faser unseres Herzens ebenso heiß, wie jeder andere Deutsche, und empfinden auch die jetzige Not unseres Vaterlandes ebenso bitter, und geloben treueste Mitarbeit zum Wiederaufbau desselben. Die Bestrebungen der radikalen jüdischen Elemente in Rußland sind vom Standpunkt der Russen aus, die jahrzehntelang der Knechtung ausgesetzt waren und keine Freiheit kannten, noch begreiflich; wir Deutsche aber, die wir dieser Knechtung nicht ausgesetzt waren, wollen das beste des ganzen Landes und verwahren uns auf das Entschiedenste gegen diese Einmischung fremdländischer Elemente in deutsche Verhältnisse. Ich wollte diese Ausführungen machen, damit künftig solche aufreizende Kundgebungen unterbleiben, die zu Unannehmlichkeiten führen und dem deutschen Namen und dem Lande Lessings und Schillers für immer Schmach bereiten könnten.

b) in Duisburg:

In der Stadtverordnetenversammlung in Duisburg hat Rechtsanwalt Dr. Bonwit die antisemitischen Hetzereien in Duisburg zur Sprache gebracht. Er teilte mit, daß in Duisburg seit Wochen Zettel verteilt werden, die zu Gewalttätigkeiten gegen jüdische Männer, Frauen und Kinder auffordern. Er bat den Duisburger Oberbürgermeister um seine Zusage, daß die Polizei gegen dieses hetzerische Treiben einschreiten werde. Oberbürgermeister Dr. Jarres antwortete darauf wörtlich: „Die Zusage ist selbstverständlich. Sobald wir die Mittel haben, werden wir es tun. Der Mangel an Polizeikräften hindert uns vorläufig daran. Man weiß aber doch auch, daß die Preßfreiheit jetzt viel größer ist, als früher, daß man heute mehr sagen kann und daß man dann auch natürlich mehr Verhetzendes sagen kann. Aber wo wir die Möglichkeit haben wird es unsere Pflicht sein, dagegen einzugreifen. Wir haben auch ein Interesse daran, daß eine Verhetzung unterbleibt.“

c) in Lehe:

Die in Bremerhaven erscheinende „Arbeiterzeitung für das Unterwesergebiet“ bringt einen Bericht über eine in Lehe stattgefundene Kollegiensitzung in der Bv. Bartz anfragte, ob dem Magistrat bekannt sei, daß der Schlachthofdirektor Nienst, in dem ihm unterstellten Betriebe antisemitische Flugblätter verbreite bezw. verbreitet habe. Bestätige sich das, so müsse eine derartige Handlungsweise aufs schärfste verurteilt werden, da es sicher nicht zu den Obliegenheiten eines Schlachthofdirektors gehöre, in dieser Weise zur Verhetzung des Volkes beizutragen. Syndikus Dr. Appel bemerkte hierzu, daß dem Magistrat bekannt geworden sei, daß im Schlachthof derartige Flugblätter verbreitet werden. Der Bürgermeister habe dem Schlachthofdirektor seine Mißbilligung ausgesprochen.

Die Interpellationen in den verschiedenen Kommunalsitzungen sind ein Beweis dafür, daß die Arbeit aller derjenigen, die den Antisemitismus aufs schärfste bekämpfen, einigen Erfolg hat, und daß man in christlichen Kreisen allmählich zur Besinnung zu kommen scheint.

15. Der Münchener Geiselmord.

Neuerdings werden in den Straßen Berlins wieder antisemitische Hetzflugblätter verteilt, in denen behauptet wird, daß der Münchener Geiselmord einen Racheakt der Juden darstelle. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe München, hat einwandfrei festgestellt, daß dieses Märchen vom Geiselmord als Racheakt der Juden von einem geisteskranken Schriftsteller Albert Pfeiffer ausgeht, der sowohl vom Schöffengericht, wie vor dem Revolutionstribunal mehrfach auf gerichtsärztliches Gutachten hin wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen wurde. Gegen die Behauptung eines Racheakts der Juden spricht die Tatsache, daß einer der Erschossenen, Professor Ernst Berger, Jude war.

16. Haenisch und die antisemitischen Beschlüsse der Marburger Kliniker.

Der Centralverein hatte in der Angelegenheit der antisemitischen Beschlüsse der Marburger Klinikerschaft Beschwerde beim Kultusminister eingelegt. An der Universität Marburg war bekanntlich ein Beschluß gefaßt worden,

nach welchem jüdische Studenten von der Aufnahme in die Klinikerschaft ausgeschlossen wurden. Mitte Mai d. J. ist vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgende Antwort eingegangen:

„Der von der Marburger Klinikerschaft gefaßte Beschluß hat von keiner amtlichen Stelle Billigung gefunden. Insbesondere haben bereits die Direktoren der Universitätskliniken dem Vorsitzenden der Klinikerschaft gegenüber ihre Mißbilligung zum Ausdruck gebracht. Eine gesetzliche Handhabe zum Einschreiten gegen den Beschluß der Klinikerschaft ist nach der durch Erlaß vom 8. November 1918 — U I Nr. 16001 — verkündeten Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechts für Studierende nicht gegeben. Indessen haben die angestellten Ermittlungen ergeben, daß den Mitgliedern der Klinikerschaft bezüglich des Unterrichts keinerlei Vorteile gegenüber den Nichtmitgliedern gewährt werden, so daß auch die jüdischen Studierenden der Medizin keiner Vorteile verlustig gehen, wenn sie von der Klinikerschaft ausgeschlossen werden."

17. Osnabrücker Zeitung.

Der Schriftleiter der Osnabrücker Zeitung hatte an den Lehrer einer jüdischen Synagogengemeinde die Bitte gerichtet, seine Zeitung durch fleißige Mitarbeit zu unterstützen. Diese Bitte wurde von dem Lehrer mit der Begründung abgelehnt, daß er es mit seinem Amt als jüdischer Lehrer und mit seiner Überzeugung nicht vereinen könne, an einer Zeitung mitzuarbeiten, die antisemitischen Tendenzen huldige und während der Wahlzeit antisemitische Annoncen aufgenommen habe. Darauf ging folgende Antwort des Leiters der Osnabrücker Zeitung, Heilbronn, ein:

Es tut mir außerordentlich leid, daß Sie und anscheinend mit Ihnen eine ganze Reihe anderer der Meinung sind, daß die O. Z. antisemitischen Tendenzen zugängig sei. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß das ganz und gar nicht der Fall ist, daß solche Handhabung meiner Lebensauffassung widersprechen würde und daß ich nichts unternehme, was sich nicht mit meiner Überzeugung deckt. Die Osnabrücker Zeitung ist ein durch und durch deutsches Blatt. Sie bekämpft alle Auswüchse und alle Schädlinge, die einem wohlverstandenen Deutschtum entgegenarbeiten. Sie hat zu Mitarbeitern und Freunden Persönlichkeiten aller Stände und Berufe, aller Konfessionen. Sie ist in der Tat ein unabhängiges Blatt, das sich in keine Parteikandare einspannen läßt, in Wahlzeiten aber diejenige Partei kräftig unterstützt, die ihr am nächsten liegt. Sie werden nicht in der Lage sein, mir irgendeine Stelle in der Zeitung nachweisen zu können, aus der direkt oder indirekt Antisemitismus irgendwelcher Schattierung spricht. Sollte einmal versehentlich ein Inserat angenommen worden sein, das antisemitisch gefärbt ist, so würde ich das auf das lebhafteste bedauern und kraft meiner Befugnisse auch als Mitleiter des Verlages in Zukunft dies zu verhüten wissen. Vielleicht sind Sie nun auf Grund dieser Zusicherungen in der Lage, für die Zeitung zu arbeiten, der jeder ordentliche und rechtschaffene Mensch, gleichviel in welcher Form er an seinen Gott glaubt, willkommen ist. Ich würde mich freuen, Sie bei einer Anwesenheit in Osnabrück begrüßen zu können."

Es sei noch nachgetragen, daß Redakteur Heilbronn den Vorsteher, den Lehrer und einen anderen Herrn der Osnabrücker Gemeinde zu sich gebeten und ihnen gegenüber die Versicherung der Unparteilichkeit wiederholt hat. Als äußerlicher Erfolg ist zu verzeichnen, daß neben anderen Artikeln vernünftiger Tendenz auch ein sachgemäßer Bericht über einen Vortragsabend in der dortigen Ortsgruppe des Centralvereins erschienen ist.

18. Antisemitische Äußerungen des Landtagsabgeordneten Kropp.

In einer Ende April in Schweinfurt stattgefundenen Versammlung stellte der Landtagsabgeordnete Kropp aus Würzburg (Mitglied der Bayrischen Volkspartei) die Behauptung auf, daß das internationale Judentum schuld am Kriege gewesen sei. Auf die von dem Mitglied des Centralvereins Justizrat Dr. Hommel in Schweinfurt ausgesprochene Bitte um Begründung dieser Äußerung stellte Kropp in einem längeren Schreiben die bekannten und vielfach widerlegten Behauptungen der Antisemiten zusammen: Lord Northcliffe — Der Zionismus, der selber erkläre, daß die Juden sich als fremdrassig fühlen — Der Prozentsatz der Juden in der Regierung — Die jüdischen Führer der tonangebenden Presse in Deutschland sowohl wie im Auslande — Politik der „Alliance Israélite".

Justizrat Hommel hat darauf folgende Antwort erteilt, der jeder Freund von Recht und Gerechtigkeit nur mit größter Befriedigung zustimmen kann:

Es ist mir eine aufrichtige Genugtuung, daß Sie auf die Aufforderung, „Heraus mit Deinem Flederwisch" sich nun veranlaßt gesehen haben, Ihre Behauptung, das internationale Judentum sei schuld am Kriege gewesen, zu begründen und mir dadurch Gelegenheit geben, die allbekannten, gehässigen antisemitischen Sprüchlein in ihrer Nichtigkeit zu zeigen.

Ehe ich auf Ihre Ausführungen eingehe, stelle ich fest, daß Sie in Ihrem Brief die in der Versammlung gebrauchten Worte nicht genau wiedergeben; Sie sagen jetzt, daß das internationale Judentum mit Schuld am Kriege gewesen sei, während Sie in der Versammlung

noch sagten: Das Internationale Judentum sei schuld am Kriege gewesen. Auf den Unterschied dieser verschiedenen Lesart brauche ich ja nicht weiter hinzuweisen; die heutige Lesart bedeutet wohl Ihr Zugeständnis, daß Sie sich selbst nicht getrauen, Ihre Behauptung in der früheren Form zu beweisen.

Welches sind nun Ihre Beweise:

1. Sie fragen: Sind nicht die größten Kriegshetzer auf gegnerischer Seite ihrer Abstammung nach Juden gewesen und noch dazu zum Teil deutsche Juden? Ich erinnere nur an den wüstesten aller Kriegshetzer: Lord Northcliffe,

2. führen Sie aus, daß, wie bei uns, auch in den anderen Ländern das Judentum die Führung in der Presse und in der Finanz hat. Sie nennen als die tonangebenden Blätter bei uns das Berliner Tageblatt, die Frankfurter Zeitung, die Vossische Zeitung, lauter Zeitungen, die, wie Sie behaupten, mehr oder weniger unter jüdischem Einfluß stehen und fragen mich, ob ich leugnen wolle, daß die Haßstimmung gegen Deutschland, die den Krieg vorbereitete oder überhaupt ermöglicht habe, von der im Solde Northcliffes stehenden internationalen Presse ausging. Auch die feindliche Hochfinanz, welche den Krieg vorbereitet und durchgeführt habe, sei vielfach unter jüdischer Führung gestanden. Das also ist alles?

Zu 1: Wenn Lord Northcliffe Jude wäre, so wäre er als Engländer ebenso berechtigt, englische Interessen zu vertreten wie es Grey, Asquith, Kitchener, Lloyd George getan haben und diese sind, wie auch Sie nicht bezweifeln werden, Christen. König Edward VII., der Vater der Einkreisungspolitik, war Christ. Ist Ihnen bekannt, daß Delcassé, der entschiedenste Vertreter des Revanchegedankens, der den Krieg verschuldet hat, Christ ist? Wissen Sie, daß Großfürst Nikolai, Iswolski, Suchomlinow, die Führer der Kriegspartei in Rußland, Christen, und gleichzeitig die schlimmsten Bedrücker der Juden waren?

Könnten Sie hiernach als gerecht denkender Mensch, dem wie ich erwarten darf, die Abneigung die Möglichkeit gerecht zu denken nicht genommen hat, die Behauptung verantworten, daß das internationale Judentum schuld am Kriege gewesen wäre, selbst wenn Northcliffe Jude wäre und wenn also neben so vielen Christen auch ein Jude zu den Kriegshetzern gehört hätte?

Allein Ihren ganzen Schlußfolgerungen ist dadurch der Boden entzogen, daß Lord Northcliffe nicht Jude ist und einer alt eingesessenen christlichen englischen Familie entstammt, ja es ist festgestellt, daß Lord Northcliffe Antisemit ist und also Juden weder seiner Abstammung noch seiner Gesinnung nach nichts weniger als nahe steht. So werden Sie also wohl selbst Ihre Frage, ob nicht die größten Kriegshetzer auf gegnerischer Seite ihrer Abstammung nach Juden gewesen seien, verneinen!

Damit, daß Lord Northcliffe nicht Jude ist, fällt auch Ihre Behauptung in sich zusammen, daß das Judentum den Krieg verschuldet habe, weil die in dessen Solde stehende Presse eine besondere Haßstimmung gegen Deutschland erzeugt habe.

Was würden Sie aber dazu sagen, wenn es nun jemand einfiele, den Spieß umzudrehen, und gerade daraus, daß Lord Northcliffe sich zum Christentum bekennt und aus einer christlich-englischen Familie stammt — sein Vater hieß Harmsworth und war Advokat — zu folgern, daß das Christentum, das mindestens im selben Maß wie das Judentum international ist, am Kriege schuld sei; Sie würden diese Behauptung ebenso wie ich mit Recht als sinnlos und lächerlich bezeichnen!

Daß das Berliner Tageblatt und die Frankfurter Zeitung oder die Vossische Zeitung (von der, nebenbei bemerkt, bekannt ist, daß sie während des Krieges ganz im alldeutschen Fahrwasser segelte) zum Kriege gehetzt haben, werden Sie wohl selbst nicht behaupten wollen; gerade die Frankfurter Zeitung und das Berliner Tageblatt wurden bekanntlich von Ihren antisemitischen Gesinnungsgenossen beschuldigt, daß sie allzu entschieden für den Frieden eingetreten seien.

Sie behaupten, daß die angeblich unter jüdischer Führung stehende feindliche Hochfinanz den Krieg vorbereitet und durchgeführt habe.

Wenn Sie hiermit, wie ich annehme, behaupten wollen, daß unseren Feinden die „Hochfinanz" die finanzielle Rüstung für den Krieg besorgt und die zur Durchführung des Krieges nötigen Mittel beschafft habe, so gebe ich Ihnen das gerne zu und füge nur noch bei, daß es unsere Banken, an deren Spitze die Reichbank, als einen besonderen Ehrentitel für sich in Anspruch nehmen, oder doch genommen haben, alle Maßnahmen vorbereitet und getroffen zu haben, die zur Durchführung des Krieges notwendig waren, haben daran sich auch Juden beteiligt, so werden Sie das, wie ich hoffe, nicht bemängeln; sollten Sie aber behaupten wollen, daß eine unter jüdischer Führung stehende Hochfinanz den Krieg absichtlich herbeigeführt, zum Kriege gehetzt, den Krieg verschuldet habe, so würde Ihre Behauptung schon damit ad absurdum geführt sein, daß gerade der Krieg naturnotwendig die Grundlagen des ganzen internationalen Bank- und Geldverkehrs zerstören mußte und man müßte schon der Hochfinanz zutrauen, daß sie ihr eigener Totengräber werden wollte.

Damit erachte ich Ihre in der Versammlung aufgestellte Behauptung, das internationale Judentum habe den Krieg verschuldet, als widerlegt; ich halte mich hiernach aus voller Überzeugung berechtigt zu sagen, daß Sie sich in der Versammlung zu einer durch nichts gerechtfertigten durchaus unbegründeten und in hohem Maße aufreizenden Behauptung haben hinreißen lassen und ich habe zu Ihrem Gerechtigkeitsgefühl einstweilen noch das Vertrauen, daß Sie Ihre in großer Öffentlichkeit aufgestellte Behauptung in geeigneter Form öffentlich widerrufen.

Auf die übrigen Ausführungen Ihres Briefes einzugehen, wäre ich eigentlich nicht veranlaßt, da sie Ihrer von mir bekämpften Behauptung nicht zur Stütze dienen; um aber nicht den Anschein zu erwecken, als ob ich einer Erörterung der von Ihnen angeschnittenen Fragen aus dem Wege gehen wollte, antworte ich hierauf:

Sie sagen, daß Sie nicht die Glaubenszugehörigkeit, sondern die Rassezugehörigkeit der Juden bekämpfen.

Ich habe mich bis jetzt noch nicht bis zu dem Gedanken durchringen können, daß für den Wert eines Menschen die Farbe des Haares, die Farbe der Augen, die Form des Schädels usw., welche die Rassezugehörigkeit bedingen, entscheidend sind; für mich richtet sich der Wert eines Menschen nach seiner Sittlichkeit und nach den Leistungen für die Gesamtheit, und es wird Ihnen vielleicht nicht unbekannt sein, daß die Rassenrangordnung, die höhere oder niedrigere Bewertung der Menschen nach körperlichen Unterscheidungsmerkmalen von den bedeutendsten Fachgelehrten, wie Alexander von Humboldt, Virchow, Leopold von Ranke, Friedrich Müller entschieden abgelehnt wird und daß sie letzterer leere Phrasen und puren Schwindel nennt. Sicherlich wissen Sie auch, daß in der norddeutschen Bevölkerung viel slavisches Blut und daß auch in der süddeutschen Bevölkerung die Blutmischung eine mannigfaltige ist, so daß von einer rein germanischen oder gar deutschen Rasse überhaupt nicht gesprochen werden kann.

Aber mag man über den Rassedünkel denken wie immer: für die Volksgemeinschaft zwischen deutschen Juden und deutschen Christen ist es ganz ohne Belang, ob nachgewiesen werden kann oder nicht, daß der Körperbau der Juden einzelne Abweichungen von denen der Germanen zeigt; durch gemeinsame Sprache, durch gemeinsame Kultur, durch gemeinsame Geschichte sind die deutschen Juden mit den sonstigen Bestandteilen des deutschen Volkes, die vielfach erst später in deutsches Gebiet eingewandert sind, zusammengewachsen und fühlen sich als gute Deutsche trotz Chamberlain, der erst vor wenig Jahren sich in Deutschland naturalisieren ließ und trotz allen Antisemiten, die so viel dazu beigetragen haben, Deutschland im Ausland verächtlich zu machen und sich auch heute noch den Luxus gestatten zu können glauben, die einzelnen Volksklassen zu differenzieren.

Wenn Sie den Zionismus als Beweis für sich anführen wollen, so habe ich Ihnen nur zu erwidern, daß die Zionisten in Deutschland eine kleine Minderheit sind, die gerade um deswillen, weil man ihnen das Recht auf Heimat bestritt, eine öffentlich rechtlich gesicherte Heimstätte in Palästina anstreben; ich identifiziere mich nicht mit dem Zionismus, ich bin mit der weitaus größten Zahl der deutschen Juden der Ansicht, daß mich der Antisemitismus wohl kränken und verletzen, mir aber nie und nimmer mein Vaterland rauben kann. Daß Sie sich zur Begründung des oft widerlegten Schlagwortes von den „destruktiven politischen Ideen und Tendenzen der Juden" auf den alten Ladenhüter in der Rumpelkammer des Antisemitismus berufen, Professor Grätz habe in seiner Geschichte ausgesprochen, „Der Stern Judas ist die Revolution" beweist nur die Richtigkeit des Satzes, der jüngst einmal ausgesprochen wurde, daß man die ältesten und gewaltigsten Eichen ausroden könne, nicht aber antisemitische Schlagwörter und Bezichtigungen, mögen sie auch noch so sehr als grundlos erwiesen sein. Nach den Feststellungen der besten Kenner der 13bändigen Grätz'schen Geschichte der Juden kommt der Satz in diesem Werk nicht vor, es handelt sich offenbar um eine glatte Fälschung und ich fordere Sie hiermit auf zu sagen, wo dieses Zitat zu finden ist.

Daß es unter den Führern der Revolution einen verhältnismäßig großen Prozentsatz Juden gibt, ist richtig.

Die Stellung des einzelnen zur Politik ist aber unabhängig von seiner Glaubenszugehörigkeit; die Gesamtheit des Judentums für die Beteiligung von Juden an der Revolution verantwortlich zu machen, ist, wie ich schon in meinem früheren Brief erwähnt habe, ebenso angängig, als den Katholizismus oder den Protestantismus für die Beteiligung von Katholiken oder Protestanten an der Revolution.

Die Zeiten allerdings, in welchen jede Beteiligung am öffentlichen Leben mit dem Maßstab der konfessionellen Parität zu messen versucht wurde, sind endgültig dahin. Wenn übrigens gerade in Rußland viele Juden der allerradikalsten Richtung angehören, so findet das für jeden gerecht Denkenden seine naturgemäße Erklärung in dem entsetzlichen Druck, der unter der alten Herrschaft auf den Juden lastete und in dem Erfahrungssatz, daß je größer der Druck, umso elementarer der Gegendruck wirken muß, der die Sklavenketten sprengt.

Zur Frage der Beteiligung der Juden am Parteileben will ich Sie übrigens nur noch daran erinnern, daß der Führer der Partei, der Sie angehören, Herr Dr. Heim, in der Amberger Volkszeitung die Behauptung, das Zentrum habe als eine seiner Grundtendenzen den Kampf gegen die Juden erklärt, als glatten Schwindel bezeichnet hat und daß die Deutsch-Israelitische Zeitung in Regensburg am 19. Dezember 1918 als authentische Aussage von zuständiger Seite mitteilt: „Es ist selbstverständlich, daß die Bayerische Volkspartei auch Israeliten als Mitglieder aufnimmt. Wir freuen uns sogar, wenn recht viele Ihrer Glaubensgenossen bei uns mittun wollen." Ihre jüdischen Parteigenossen dürften sich jedenfalls nach den von Ihnen bekundeten Ansichten im gemeinsamen politischen Wirken besonders wohl fühlen!

Vielleicht ist es für Sie, der Sie den Juden in ihrer Gesamtheit destruktive Tendenzen zuschreiben, übrigens auch von Interesse, daß der Begründer der konservativen Partei, Stahl, seiner für Sie allein maßgebenden Abstammung nach Jude war.

Sie haben noch die Güte, mir das Studium der Politik der Alliance Israélite in den letzten 20 Jahren vor dem Krieg zu empfehlen. Ich bin Ihnen für diesen Hinweis außerordentlich dankbar, und ich denke, daß Sie mir für dieses Studium insofern noch einige Fingerzeige geben, daß Sie mir sagen, auf welche Tätigkeit der Alliance Israélite ich bei diesem Studium meine besondere Aufmerksamkeit lenken soll; soweit ich die Geschichte der Alliance Israélite kenne, ist mir bekannt, daß sie sich durch Werke der Wohltätigkeit und in kultureller Hinsicht, namentlich durch Förderung des Schulwesens im Orient sehr verdient gemacht hat.

Ihre Behauptung, daß Blätter jüdischer Richtung es sich erlauben durften und dürfen, alles herunterzuziehen und in den Staub zu treten, was einem christlichen Deutschen heilig ist, bezeichne ich als unwahr und erfunden, ein weiteres Eingehen auf diese Behauptung ist, solange Sie nicht nähere Angaben machen, unmöglich; nur eines will ich sagen: Ein Jude, der den religiösen Sinn Andersgläubiger verletzen und in den

Staub treten würde, was ihnen heilig ist, würde sich gröblichst gegen die elementarsten Grundsätze der jüdischen Religion verfehlen und von allen wahren Juden verurteilt werden.

Ich komme zum Schluß.

Sie behaupten, daß Sie Vollblutgermane seien. Darf ich an diese Behauptung eine kleine Anekdote anknüpfen? Als König von Portugal anordnen wollte, daß alle Einwohner nicht rein portugiesischer Abkunft gelbe Hüte tragen sollten, brachte sein Minister Pombal zwei gelbe Hüte und als ihn der König erstaunt frug, wozu diese Hüte, antwortete er: Einer für Eure Majestät, und einer für mich. Als Vollblutgermane nehmen Sie das Recht in Anspruch, öffentlich auf Dinge hinzuweisen, die Sie für schädlich für Ihr Volk erachten. Dies Recht bestreitet Ihnen niemand. Aber ich bezeichne es als unverantwortlich, unbegründete Behauptungen aufzustellen, die Haß zu erregen und aufreizend zu wirken geeignet sind. Das galt immer und überall, heute gilt es doppelt. Es tut unserem Volke so bitter not, nun alle Kräfte zusammenzufassen, um sich aus dem Unglück herauszuretten, daß es unbegreiflich ist, wie Männer, die als Führer des Volkes berufen sind, darin das Heil sehen können, Zwietracht zu säen. Antisemitismus war und ist jederzeit der Verbündete der Reaktion. Ich habe den unverwüstlichen Optimismus, daß an dem Gesunden des deutschen Volkes und vor dem Geist der neuen Zeit, den ich als Verneinung von Klassenherrschaft, von Vorurteilen, von Rassendünkel, von Konfessionsschnüffelei und als Zusammenfassung aller Volkskräfte und als Wertung eines jeden Menschen nach dem, was er ist und leiste, verstehe, alle reaktionären Versuche scheitern werden und ich habe darum die Hoffnung, daß auch der Antisemitismus, der übrigens den besten Traditionen Ihrer Partei widerspricht, unschädlich bleiben wird."

Herr Kropp ist eine weitere Antwort auf diesen Brief schuldig geblieben.

19. „Deutscher Michel wach auf!"

In Essen wurde vor kurzem ein antisemitisches Flugblatt verbreitet, das die Überschrift trug „Deutscher Michel wach auf". In bekannter antisemitischer Weise wurden darin eine Reihe führender Parlamentarier zu Juden gestempelt, u. a. wurde darin auch der Essener Rechtsanwalt Dr. Levy in der gehässigsten Weise angegriffen. Es wurde von ihm gesagt, daß er zu den bettelnden Fremden gehöre, welche Deutschland das Fell über die Ohren ziehen. Levy war zurzeit der Verbreitung des Flugblattes Polizeipräsident in Essen. Die Essener Ortsgruppe des Centralvereins sowohl wie auch Dr. Levy haben bei der Staatsanwaltschaft in Essen Strafantrag gestellt. Die Staatsanwaltschaft hat aber das Verfahren eingestellt. Die Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft wurde ebenfalls zurückgewiesen. Hierauf hat der Centralverein eine Beschwerde an den zuständigen Minister gerichtet, und sich hierbei auf die §§ 130, 185, 186 des St. G.-B. gestützt. Schließlich hat der Centralverein folgenden Bescheid des Oberstaatsanwalts in Hamm erhalten:

Auf Ihre, unter dem 25. April 1919 an den Herrn Justizminister gerichtete Beschwerde gegen den Bescheid des Ersten Staatsanwalts in Essen vom 18. März 1919 teile ich Ihnen gemäß dem Erlasse des Herrn Justizministers vom 21. Juni 1919 mit, daß der Erste Staatsanwalt wegen Beleidigung des Herrn Dr. Levy die öffentliche Klage erheben wird. Soweit dagegen Ihre Beschwerde die Ablehnung der Anklageerhebung aus § 130 des St. G. B. betrifft, wird sie als unbegründet zurückgewiesen, da die Ausführung in dem ausgefolgten Bescheide, daß der Tatbestand des § 130 nicht vorliege, zutreffend erscheint und die Ausführungen in der Beschwerdeschrift zu einer anderen Beurteilung dieser Frage keinen Anlaß bieten.

20. Der „Fell-Jude".

In der Zeitschrift „Die Kaninchenzucht", Organ der Kaninchenzüchtervereine für die Provinz Sachsen zu Halle (Saale) hat Amtsgerichtssekretär Damm, Salzwedel, zwei Artikel veröffentlicht, in denen er in ziemlich aufdringlicher Weise für die neugegründete „Fellverwertung Sachsen-Anhalt e. G. m. b. H." Propaganda macht und in geharnischter Form gegen die sogenannten „Fell-Juden" wettert. Er schreibt u. a. wörtlich:

„Kaum haben wir die „Fellverwertung Sachsen-Anhalt e. G. m. b. H." gegründet, um den Züchtern den ihnen gebührenden Vorteil zuzuführen, und schon umspinnt unser Erbfeind, der Jude, auch unser junges Unternehmen, ein Beweis dafür, daß bei dem Fellhandel etwas zu verdienen ist..... Es gilt jetzt, nicht zu schlafen, vielmehr die Mütze des deutschen Michel endlich abzuwerfen und zuzugreifen, damit der Felljude sie uns nicht wieder von neuem noch tiefer über die Ohren zieht..... Ermannt Euch endlich, reißt die Zipfelmütze vom Kopf, stellt tüchtige Vereinsfellsammler ein, tretet Mann für Mann schleunigst unserer Genossenschaft bei und sorgt vor allem für möglichst zahlreiche Ablieferung aller Kaninchenfelle. Kein Fell darf an den Juden, der in oder hinter jedem Zwischenhändler steckt, verkauft werden..... Je mehr wir nun Felle sammeln, desto eher können wir den Preis diktieren zum alleinigen Nutzen der Kaninchenzüchter."

Die Kaninchenzüchter wollen den Markt beherrschen und von sich aus die Preise diktieren, dabei ist ihnen die jüdische Konkurrenz lästig. In diesem Sinne sind die antisemitischen Ausfälle des Amtsgerichtssekretärs Damm zu verstehen.

21. Pommerscher Landbund.

Von befreundeter Seite wird dem Centralverein ein im „Polziner Tageblatt" erschienenes In-

serat übersandt des „Pommerschen Landbunds", das folgende Zeilen enthält:

„Die Kreistagswahlen, die wichtigsten Wahlen für das wirtschaftliche Leben auf dem Lande, stehen vor der Tür. Immer noch geben sich Sozialdemokraten und Bauernbündler, die Hilfstruppen des jüdischen Großkapitals, alle erdenkliche Mühe, die Landwirtschaft weiter zu verhetzen, die Kleinen gegen die Großen und umgekehrt auszuspielen."

Das ist der Stil reinster antisemitischer Hetzpolitik! Es ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß der „Pommersche Landbund" nichts weiter ist als der Bund der Landwirte unter anderer Flagge.

22. Brandmeister Davidsohn-Demmin.

Es ist erfreulich, festzustellen, daß in diesen Zeiten, da der Antisemitismus mehr als je blüht, die Verdienste eines Juden in gebührender Weise anerkannt werden. Brandmeister Davidsohn - Demmin, welcher der Freiwilligen Turnerfeuerwehr seit dem Tage ihres Bestehens, seit 50 Jahren angehört, ist am Tage dieses doppelten Jubiläums Gegenstand erfreulicher Ehrungen geworden. Vom Landeshauptmann und zahlreichen Behörden gingen Anerkennungs- und Glückwunschschreiben ein. Der Bürgermeister von Demmin überreichte Davidsohn ein Diplom und richtete an ihn Worte der Anerkennung und des Dankes für die Aufopferung, mit welcher sich Brandmeister Davidsohn allezeit in den Dienst der guten Sache gestellt hat.

23. Die Notenpresse der jüdischen Sicherheitswehr.

Verschiedene Zeitungen beschäftigten sich vor einiger Zeit in gewohnter antisemitischer Weise mit einer Äußerung des ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn, der gesagt haben ben soll: „Die Notenpresse stammt aus dem Werbebüro zur Bildung einer jüdischen Sicherheitswehr".

Auf die angestellten Ermittlungen ging beim Centralverein folgende Erklärung des ehemaligen Kompanieführers der Jüdischen Sicherheitswehr, Arthur Schragenheim, ein:

„Das Polizeipräsidium hatte mich vorgeladen, um mich zu den Behauptungen Eichhorns als ehemaliger Kompanieführer der Jüdischen Sicherheitswehr zu äußern. Ein Oberwachtmeister vernahm mich und setzte über meine Angaben ein Protokoll auf.

Eichhorns Behauptungen gipfelten darin (wie ich aus den mir vorgelegten Fragen ersehen habe): Die Jüdische Kompanie habe die fragliche Druckpresse bei einem Jüdischen Jugendwehrverein beschlagnahmt.

Ich gab zu Protokoll, daß eine Notenpresse nie von mir gesehen worden sei, niemals in den Räumen des Jüdischen Sicherheitsdienstes sich befunden habe und eine Beschlagnahme durch Angehörige meiner Kompanie nie erfolgt ist. Einen „Jüdischen Jugendwehrverein" habe es nie gegeben.

In gleicher Weise war bereits vorher mein früherer Kompanieschreiber, ein Herr Isenberg, vernommen worden und es wurde beabsichtigt, noch den ehemaligen Feldwebel, Kurt Moses, darüber zu befragen.

Ich hatte den Eindruck, daß die völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen Eichhorns (die wahrscheinlich auf antisemitische Instinkte spekulieren) von den Beamten des Polizeipräsidiums nicht ernst genommen wurden und die Vernehmungen lediglich den formellen Erfordernissen Rechnung tragen sollten.

24. Die „spiritistischen" Vorträge des Herrn Ellerbeck.

Mitte April fand in Osnabrück ein Vortrag eines Herrn Ellegaard Ellerbeck, statt. In diesem Vortrag führte der Vortragende zuerst einiges spiritistisches Material vor. Sein Hauptzweck war jedoch in wüster Weise gegen die Juden zu hetzen. Abgesehen davon, daß der Centralverein einen Antrag auf strafrechtliche Verfolgung bei der zuständigen Staatsanwaltschaft gestellt hat, hat er einzelne Ortsgruppen, so die Ortsgruppen Hannover, Herford, Paderborn, Münster und die Vertrauensmänner in Lüneburg und Hildesheim auf das Unternehmen des Ellegaard Ellerbeck hingewiesen und gebeten, die Mitglieder der betreffenden Ortsgruppe vor diesem Unternehmen zu warnen. Einzelne Ortsgruppen haben demzufolge ein Verfahren eingeschlagen, welches das Schädliche des Vorgehens von Ellerbeck vollkommen paralysierte. So teilt die Ortsgruppe Bielefeld folgendes mit:

„Der Vorstand hatte sich mit dem Eigentümer des Kinos, in welchem der Vortrag stattfinden sollte, in Verbindung gesetzt und von diesem die Zusicherung erhalten, daß er den Vortragenden darauf aufmerksam machen würde, daß er sein Lokal nur zu einem spiritistischen, nicht aber zu einem politischen Vortrag zur Verfügung gestellt habe und daß er event. den Strom für die Lichtbilder abstellen würde. Auch die hiesige Polizei war durch den Vorstand auf das hetzerische Treiben des Herrn Ellerbeck aufmerksam gemacht worden. Der hiesige Polizeiinspektor hatte infolgedessen Veranlassung genommen, den Eigentümer des Versammlungslokals zu sich zu bitten und ihn zu veranlassen, die Abhaltung der Versammlung bei Ausschreitungen zu verbieten. . . . . Herr Ellerbeck enthielt sich jeden antisemitischen Ausfalls, so daß die Versammlung in aller Ruhe verlief.

Die Ortsgruppe Hannover hat in derselben Form vorgebeugt. Die Ortsgruppen werden hier-

durch vor dem Unternehmen des Herrn Ellerbeck gewarnt und gegebenenfalls um ähnliche Vorkehrungen gebeten.

25. Juden als Kapitalisten.

Ein nur zu gern gebrauchtes Schlagwort der Antisemiten besagt, daß sich die Kriegsgewinne und der Kapitalismus ausschließlich in den Händen der Juden befänden. Demgegenüber sei einwandfrei festgestellt, daß die Juden im Kapitalismus durchaus nicht an erster Stelle stehen. Es sollen ganz unparteiische Zeugen sprechen: Nach einer statistischen Aufstellung der „Chemisch-technischen Wochenschrift" belaufen sich die jährlichen Kriegseinnahmen der hervorragendsten Milliardäre Amerikas auf folgende Summen:

I. D. Rockefeller	300 000 000	Dollar
Andrew Carnegie	50 000 000	„
William Rockefeller	37 500 000	„
I. O. Armour	31 250 000	„
Henry Ford	25 000 000	„
W. K. Vanderbilt	25 000 000	„

Alle die hier namentlich angeführten „Kriegsgewinnler" sind reinrassige Arier und erst bei den kleinen Millionären ist ein Jude als Kriegsgewinnler angeführt.

26. Der Antisemitismus als Geschäft.

Als Gegenstück zu den wüsten Hetzereien gegen den jüdischen „Kapitalismus" ist der *Abschluß der „Deutschen Tageszeitung A.-G."* interessant, *die den Antisemitismus als Geschäft betreibt.* Die „Frankfurter Zeitung" teilt mit, daß die „Deutsche Tageszeitung" A.-G. in Berlin nach Mk. 260 970 (Mk. 184 189) Abschreibungen noch mit einem Reingewinn von 923 205 Mk. (Mk. 670 049) abschließt. Auf das jetzt bis auf Mk. 85 651 vollbezahlte Kapital von Mk. 1,36 Mill. sollen 12 (10) Prozent Dividende verteilt werden. Der Gewinn ist also ebenso groß wie das Kapital. *Der Antisemitismus ist sonach ein glänzendes Geschäft.*

27. Bund Heimatsschutz.

Von befreundeter Seite wird dem Centralverein folgender interessante Briefwechsel zugestellt:

Bund Heimatsschutz

Berlin W. 9.

Unmittelbar danach, nachdem ich in der Mitte des vorigen Monats als Mitglied Ihrem Bunde beigetreten war, wurde ich auf folgenden Vorfall aufmerksam gemacht:

Der Heimatsschutz hielt vor etwa 2 Wochen im Zirkus Busch seine Massenversammlung ab, in der zum Protest gegen den Gewaltfrieden aufgefordert wurde. In dieser Kundgebung wurde, als der Vorsitzende von der Schuld an dem Gewaltfrieden sprach, durch starke Zurufe aus der Versammlung die Schuld an dem Frieden den Juden zugemessen, ohne daß der Herr Vorsitzende gegen eine derartige unwahre Behauptung Verwahrung einlegte.

So viel ich aus den Satzungen des Heimatsschutzes ersehen habe, erstrebt dieser eine Zusammenfassung sämtlicher ordnungsliebender und urdeutsch empfindenden Männer zum Wiederaufbau des Vaterlandes. Ein solcher Aufbau ist m. E. unmöglich, wenn von vornherein versucht wird, eine Bevölkerungsschicht gegen die andere aufzuhetzen.

Ich bitte daher sehr ergebenst um Mitteilung, wie sich der Bund Heimatsschutz zu dieser Frage stellt. Sollte er eine antisemitische Hetze gegen die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ablehnen, so würde ich bitten, daß in Zukunft der Herr Vorsitzende bei ähnlichen demonstrativen Zurufen die Stellungnahme des Bundes zu der Frage präzisiert, damit es uns jüdischen Deutschen möglich ist, den Heimatsschutz in seiner sehr anerkennenswerten Tätigkeit weiterhin zu unterstützen.

Darauf ging folgende Antwort vom Heimatsschutz ein:

Unter Bezugnahme auf Ihr w. Schreiben vom 2. 6. erlauben wir uns, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Der Heimatsschutz will nur den Schutz der Heimat und will dies hauptsächlich dadurch erreichen, daß er alle deutschen Männer und Frauen ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische oder sonstige Stellungnahme zur Wiedererstarkung des Vaterlandes zusammenfaßt. Diesen unseren Grundsatz haben wir sowohl in öffentlichen Versammlungen als auch in unseren Druckschriften stets betont.

28. „Ausschuß für Volksaufklärung".

Vor kurzem wurden in Berlin durch Plakate freiwillige Offiziere, Mannschaften und Techniker aufgefordert, sich zu einem Wehrverband zu melden. Es war in dem Aufruf weiter gesagt, daß dieser Wehrverband nur solche Leute aufnehme, die Wert darauf legten, zu einer Truppe zu gehören, bei der weder Juden noch Halbjuden noch Judengenossen Aufnahme finden können. Am Schluß des Aufrufes, der von dem „Ausschuß für Volksaufklärung" Joseph Pelzer und Johannes Potthof unterschrieben war, wurde versichert: „Die Genehmigung zur Werbung von Truppen ist uns vom Kriegsministerium erteilt." Von vornherein

bestanden berechtigte Zweifel an der Genehmigung durch das Kriegsministerium. Das Kriegsministerium erließ dann auch, um den mißbräuchlichen Handlungen des Ausschusses für Volksaufklärung den Boden zu entziehen, folgende Erklärung:

Der Werbeaufruf trägt den Zusatz: „Die Genehmigung zur Werbung von Truppen ist uns vom Kriegsministerium erteilt." Dieser Zusatz läßt nicht nur die Auffassung zu, als ob den Unterzeichneten des Aufrufs eine besondere Werbeerlaubnis vom Kriegsministerium erteilt wäre, sondern könnte auch den Anschein erwecken, daß das Kriegsministerium mit der Art und Weise, in der dieser Aufruf gefaßt ist, einverstanden wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Im übrigen wurde schon früher ein Gesuch Potthoff um Bewilligung von Geldmitteln zwecks Aufstellung eines besonderen Werbebüros abschlägig beschieden. Mit Pelzer hat das Kriegsministerium überhaupt nichts zu tun gehabt. Was ferner den Inhalt des Aufrufs betrifft, so kann es das Kriegsministerium nur auf das Schärfste mißbilligen, daß die Notlage des Vaterlandes im gegenwärtigen Zeitpunkte, in dem die Einigung des ganzen Volkes mehr als je das Gebot der Stunde ist, dazu benutzt wird, um Teile der Bevölkerung gegeneinander aufzuhetzen.

Der Kriegsminister
im Auftrage gez. v. Kessel.

Diese Erklärung ist auch dem Rektor der Universität zum Anschlag am schwarzen Brett übergeben worden.

29. Der „Vaterländische Frauenverein".

Am 29. Dezember vorigen Jahres war von dem Vorstande des Vaterländischen Frauenvereins in Rodenberg eine Versammlung zwecks Vorbesprechung zur Wahl einberufen worden. Diese Versammlung wurde geleitet von der ersten Vorsitzenden, Frau Pastor Schoof. Sie eröffnete die Versammlung mit folgenden Worten: „Ich freue mich, daß Sie so zahlreich erschienen sind. Ich kann auch eigentlich nicht viel über die Wahl sagen. Donnerstag wird eine Versammlung der deutschnationalen Partei stattfinden und der Redner dort wird besser alles erklären können, wie ich es kann. Ich will nur noch hinzufügen, daß wir in einer mehr wie traurigen Zeit leben, unter einer Regierung, die zum größten Teil aus Juden besteht." Erläuternd fügte sie dann noch hinzu: „Der einigermaßen Anständige in der Regierung ist Ebert." Ferner erklärte sie, es habe sich eine neue Partei gebildet, die von Juden begründet sei und die den Namen Deutsche Demokratische Partei führe. Der eigentliche Gründer dieser Partei sei Theodor Wolff und diese Partei könnten wir doch nicht wählen. Bei ihren Ausführungen insbesondere sprach sie von den Juden in einem so verächtlichen Tone, daß zwei jüdische Damen des Vorstandes der Ortsgruppe Rodenberg des Vaterländischen Frauenvereins, die bisher an den Bestrebungen des Vereins mit großem Interesse und tatkräftig mitgearbeitet hatten und die der Liebe und des Vertrauens ihrer Mitbürger teilhaftig sind, sich veranlaßt sahen, sofort ihren Austritt aus dem Vaterländischen Frauenverein zu erklären.

Auf eine Vorstellung des Centralvereins auf Grund dieses Tatbestandes hat die Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins, die Gräfin Gröber, folgendes mitgeteilt:

Im Anschluß an meine Mitteilung vom 27. Februar d. J. kann ich Ihnen nunmehr in der Angelegenheit, die sie seiner Zeit mit mir so freundlich persönlich besprachen, folgendes mitteilen:

Das Vorkommnis, um das es sich am 29. Dezember v. J. gehandelt hat, hat sich in der Ortsgruppe (d. h. einer unselbständigen Unterabteilung) zu Rodenberg des Vaterländischen Frauenvereins Rinteln abgespielt. Die Vorsitzende Frau Schoof, Gattin des evangelischen Ortspfarrers Schoof, hatte dort eine Frauenversammlung aus Anlaß der bevorstehenden Wahl zur Nationalversammlung einberufen und bedauerlicherweise den Grundsatz unserer Organisation, daß parteipolitische und konfessionelle Fragen außerhalb des Arbeitsgebietes des Vaterländischen Frauenvereins liegen, unbeachtet gelassen, hat vielmehr ihre persönliche Auffassung über den Einfluß von Juden in der Regierung usw. zum Ausdruck gebracht. Sie bestreitet jede beleidigende Absicht, gibt auch an, daß die Jüdinnen, die der Versammlung beiwohnten, sie nicht ostentativ verlassen hätten, sondern erst nach Schluß mit allen anderen fortgegangen seien und erklärt ausdrücklich, daß es ihr völlig fern gelegen habe, die jüdischen Mitglieder der Ortsgruppe kränken zu wollen. Ich bedaure den Vorfall auf das Lebhafteste; er hat inzwischen dadurch seine Erledigung gefunden, daß die Ortsgruppe Rodenberg des Zweigvereins Rinteln aufgelöst und damit eine Wiederholung solchen Vorkommnisses unmöglich gemacht wird. Zuversichtlich hoffe ich, daß sich ähnliche Fälle nicht wiederholen werden, und bitte Sie, versichert zu sein, daß ich auch in Zukunft mit aller Kraft bemüht sein werde, den interkonfessionellen Charakter des Vaterländischen Frauenvereins voll zu wahren und damit das segensreiche Zusammenarbeiten aller deutschen Frauen und Mädchen ohne Unterschied des Glaubens und Standes zu sichern.

Mit bester Empfehlung Ihre sehr ergebene
gez. Gräfin Wilhelm Groeben.

30. Der „Gabriel Riesser“ Verlag und seine Buchhandlung

Berlin, SW 68, Lindenstrasse 13

wirken für die Ziele des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Sie übernehmen die pünktliche Lieferung sämtlicher

Zeitschriften und **Bücher**

aus dem Gebiet der jüdischen Literatur wie aus allen anderen Literaturgebieten.

Auf Wunsch Literaturübersichten für Redner und sonstige Interessenten auf innerjüdischem und antisemitischem Gebiet kostenlos.

Es wird erwartet, daß die **Mitglieder des Centralvereins** ihren **gesamten Bücherbedarf bei der Buchhandlung des „Gabriel Riesser“** Verlags decken.

Wer die Buchhandlung unterstützt, unterstützt den Centralverein.

---

31. Bücherschau.

a) Fuchs: „Um Deutschtum und Judentum“.*)

Im 8-Uhr-Abendblatt vom 21. Mai 1919 veröffentlicht die bekannte Schriftstellerin Doris Wittner über das Werk von Fuchs „Um Deutschtum und Judentum“ nachfolgende Besprechung:

Eugen Fuchs: „Um Deutschtum und Judentum“. Gesammelte Reden und Aufsätze. (Verlag: J. Kauffmann, Frankfurt a. M. Preis Mk. 6,—) Zu einem Zeitpunkt, wo — an der Schwelle einer neuen Menschheitsepoche, die Völkerfrieden, Völkerbund, Völkerverbrüderung inaugurieren soll — noch einmal alle nationalen und konfessionellen Gegensätze zu letzten Leidenschaften aufzuprasseln scheinen, ist es vielleicht angebracht, auf ein Werk, das in diesem Sinne ausgleichend und vermittelnd wirken will, hinzuweisen. Der Geheime Justizrat Dr. Eugen Fuchs, einer der angesehensten Berliner Zivilanwälte, hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Wort und Schrift für den Grundsatz gekämpft, daß der deutsche Jude sich national als deutscher Staatsbürger fühle, und daß sein jüdisches Bewußtsein ausschließlich auf die Glaubensgemeinschaft, auf das Bekenntnis gerichtet sei. Für ihn gibt es nur jüdische Deutsche, ebenso wie es katholische oder protestantische oder glaubenslose Deutsche gibt. Es ist selbstverständlich, daß er mit dieser unverrückbaren Überzeugung sich in Widerspruch und in Kampfbereitschaft setzen muß zu der größten Bewegung, die das zeitgenössische Judentum aufwühlt: zu dem Zionismus. Gerade weil Fuchs mit ehrlicher Inbrunst für den ihm eingeborenen Begriff des deutschen Vaterlandes kämpft, muß er sich mit Eifer gegen alle nationaljüdischen Bestrebungen — die er auch mit Recht als eine ungeheure Gefahr für das westeuropäische Judentum erkennt und bezeichnet — zur Wehr setzen. Gesammelte Reden und Aufsätze aus den Jahren 1894 bis 1919 bringen diese Anschauungen des „jüdischen Deutschen“ Eugen Fuchs in scharf geschliffener, zuweilen meisterlich polemischer Form zum Ausdruck. Der Mann, der das ethisch sicherlich zutreffende Wort prägt, daß der beste Jude auch der beste Deutsche sein wird, der mithin sagen will, daß der sittliche Mut des Bekennertums auch die stärkste Kraft der Hingebung an andere sittliche Forderungen, wie eben die Liebe zum Vaterland in sich schließen dürfte, ist ein Mann von brennendem Rechtsgefühl und unantastbarer Lauterkeit der Gesinnung. Er führt mit blanken Waffen einen Zweifrontenkrieg — gegen Antisemitismus und Zionismus. Diese streitbare Tendenz seines Werkes gibt dem soeben erscheinenden Buch eine zeitgemäße Färbung, eine Wirkung für den Tag, aber hoffentlich auch über den Tag hinaus. Wir betrachten es als ein Verdienst, daß die Fuchsschen Arbeiten, zu einer Sammlung vereinigt, gerade in diesem Augenblick der an überhitzten und überspitzten Konflikten krankenden Öffentlichkeit übergeben werden. Vielleicht tragen sie zu dem Gesundungsprozeß von Deutschtum und Judentum das Ihre bei. D. W.

*) Obiges Buch ist durch Gabriel Riesser Verlag und Buchhandlung zum Preise von Mk. 6 karton., Mk. 10 geb., zu beziehen.

b) Das „Judenproblem“ und seine Lösung.*)

Ein Wort zur Klärung. Von Judaeo Bavarus. (Regensburg 1919. Verlag der „Laubhütte“. 70 Seiten.)

Die kleine Broschüre unternimmt es, in klarer und gemeinverständlicher Form die brennendste Frage, die allgemein die Juden im jetzigen Zeitpunkt bewegt, zu untersuchen, nämlich, ob wir Juden uns als eine „Nation“ im politischen Sinne erklären und mit neuen politischen Forderungen an das deutsche Volk und das Deutsche Reich herantreten, oder für unsere Gleichberechtigung als deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens kämpfen sollen. Das „Judenproblem“ spitzt sich zu der scharf gefaßten Frage zu: „Sind wir Juden eine Nation oder sind wir eine Religionsgenossenschaft?“ Der Verfasser behandelt die Frage lichtvoll und in gemeinfaßlicher Form mit großer Gelehrsamkeit und allseitigem jüdischen und profanen Wissen vom Standpunkte des streng orthodoxen Judentums und kommt zu dem Ergebnis, daß die Phrase von der „jüdischen Nationalität“ nicht nur dem Geist und der Geschichte des Judentums widerspricht, in der ganzen Vergangenheit des jüdischen Volkes keine

*) Obige Broschüre ist vom Central-Verein zum Preise von Mk. 0,75 zu beziehen.

Begründung hat, sondern überdies geeignet ist, unheilvolle Verwirrung in den Köpfen zu stiften und den Indifferentismus in den Reihen der Bekenner der jüdischen Religion zu f ö r d e r n, der langsam, aber mit unerbittlicher Sicherheit zu einem Herabgang des Judentums und einem weitreifenden Abfall von der jüdischen Religion führen muß, da das „Bewußtsein" der „Nationalität" die Anhänglichkeit an den Glauben unserer Väter lockern und schließlich verdrängen muß. Die Schrift wirkt im wahren Sinne des Wortes klärend, und es wäre sehr verdienstlich, sie in den weitesten Kreisen zu verbreiten. B. S.

32. **Bürotechnisches.**

In Berücksichtigung einer Anregung der Hauptversammlung des Centralvereins werden diejenigen Ortsgruppen, die das „Deutsche Reich" selbst an ihre Mitglieder verteilen wollen, gebeten, dem Centralverein hiervon Kenntnis zu geben. Diesen Ortsgruppen geht dann die erforderliche Zahl des „Deutsche Reich", die nach oben abgerundet werden kann, um Werbehefte zur Verfügung zu haben, in Paketen zu.

33. **Flugblätter.**

Es wird auf die beiliegenden F l u g b l ä t t e r „Was der Judenhaß ist" und „Selbstsucht und Eigennutz" verwiesen, die i n Q u a n t i t ä t e n b i s z u j e 25 S t ü c k u n e n t g e l t l i c h vom Centralverein bezogen werden können. Quantitäten über 25 Stück werden zum Selbstkostenpreis von 3 Pfg. per Stück abgegeben.

Verantwortlich: Syndikus Dr. H o l l ä n d e r, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: W. W. (Ed.) Klambt, G. m. b. H., Charlottenburg 4.

